

Rüdiger Pohl

Für eine Verschiebung der Europäischen
Währungsunion gibt es keinen sachlichen Grund
– ein Kommentar

Klaus Werner

Die wirtschaftliche Lage in Mittel- und Osteuropa
– Ergebnisse 1996 und Prognose 1997 –

Thorsten Wichmann

Konjunkturelle Auswirkungen der
Ausrüstungsinvestitionen im Dienstleistungssektor

Gerald Müller

Dienstleistungen in Ostdeutschland: Weitgehende
Angleichung an westdeutsche Strukturen

Lioba Trabert

Entwicklung und Folgen der Arbeitsmarktflexibilität
in Großbritannien

Udo Ludwig

IWH-Industrienumfrage:
Ostdeutsche Unternehmen wieder hoffnungsvoller

Kommentar

Für eine Verschiebung der Europäischen Währungsunion gibt es keinen sachlichen Grund

Im Vorfeld der geplanten Europäischen Währungsunion häufen sich die ablehnenden Stellungnahmen. Zwar wird der völlige Verzicht auf die EWU nur von wenigen empfohlen, immer mehr Stimmen sprechen sich aber für eine Verschiebung aus. Doch auch dafür gibt es keine überzeugenden Gründe.

Daß nicht alle europäischen Länder schon reif sind für die EWU, rechtfertigt nicht deren Verschiebung, sondern nur die Beschränkung der ersten Teilnehmer auf die geeigneten Länder. Da die Währungsunion eine Zone absolut fester, irreversibler Wechselkurse sein wird, können daran nur Länder teilnehmen, die bereits über einen längeren Zeitraum keinen Abwertungsdruck mehr hatten: Dies nämlich ist der Markttest, daß sie zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Anpassungsprobleme keine Wechselkursabwertungen benötigen. Gemessen daran haben sich sieben Länder schon längst für die EWU qualifiziert: Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark. Andere Länder wie Italien, Spanien und Portugal haben den Abwertungstrend ihrer Währungen gestoppt. Wenn sie – auf Grundlage passender Fundamentaldaten, nicht durch hohe Zinsen – die faktische Wechselkursstabilität weiter durchhalten, könnten auch sie in ein oder zwei Jahren der Währungsunion beitreten.

Eine Verschiebung der EWU ist auch mit Blick auf die Stabilität des Euro nicht erforderlich. Alles was institutionell für die Stabilität einer Währung getan werden kann, ist im Maastricht-Vertrag bereits bindend vereinbart: Die künftige Europäische Zentralbank ist der Geldwertstabilität verpflichtet, sie ist unabhängig von politischen Weisungen, sie darf sich nicht an der Finanzierung von Staatsdefiziten beteiligen. Wer den Partnerländern unterstellt, sie würden diese Vorgaben ignorieren, müßte begründen, welches Interesse die europäischen Länder an einer inflationären Entwertung des Euro haben könnten. Es ist doch gerade die Lektion der letzten zwei Jahrzehnte gewesen, daß sich Inflation nicht auszahlt, auch nicht für die Beschäftigung. Diese Einsicht hat zu den beispielhaften Stabilitätsanstrengungen in Europa geführt.

Somit bleiben die finanzpolitischen Kriterien. Auch Deutschland fällt es schwer, die 3-Prozent-Vorgabe für die Staatsdefizite und die 60-Prozent-Vorgabe für die Staatsschuld einzuhalten. Es mutet merkwürdig an, daß Deutschland deswegen für den Euro nicht qualifiziert sein sollte, hingegen für die D-Mark qualifiziert bliebe. Erstens: Die 3-Prozent-Grenze (auch die 60-Prozent-Grenze) ist im Maastricht-Vertrag – anders als es in der Öffentlichkeit immer wieder suggeriert wird – *nicht* als strikte Grenze vereinbart, vorübergehende und begrenzte Überschreitungen dieser Grenzen sind nach Würdigung des Einzelfalls zulässig. Zweitens: Die Sorge, daß hohe Haushaltsdefizite in Europa inflationär wirken könnten, ist unbegründet, weil sich die EZB nicht an der Finanzierung der Defizite beteiligen darf. Die verhängnisvolle Wirkungskette: Haushaltsdefizite – Geldschöpfung – Inflation droht also gar nicht. Drittens: Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird nicht dadurch leichter, daß man die EWU verschiebt. Im Gegenteil: viele Gruppen würden die Befreiung von angeblichen Maastricht-Fesseln zum Anlaß nehmen, nur wieder für eine expansivere, sprich: höhere Defizite in Kauf nehmende Finanzpolitik zu votieren.

Es ist höchste Zeit, die Währungsunion und die Fiskalkriterien in eine vernünftige Relation zu bringen. Wir brauchen in der Tat die wirksame Begrenzung der Staatsdefizite in Europa – aber nicht als Voraussetzung für die Währungsunion, sondern im Interesse der effizienten Verwendung von Kapital in Europa: um nämlich zu verhindern, daß in Europa zu viel Kapital über die Finanzierung von Staatsdefiziten in öffentliche Verwendungen fließt und zu wenig für private Investitionen übrig bleibt. Das Interesse an der effizienten Kapitalverwendung besteht unabhängig davon, ob es zu einer Währungsunion kommt oder nicht. Das Beste wäre, das bisher bestehende Junktim zwischen Währungsunion und Fiskalkriterien aufzulösen. Europa sollte zum einen den vereinbarten Zeitplan für die Währungsunion (Start Anfang 1999) unabhängig von den Haushaltskriterien realisieren und sich bei der Auswahl der Start-Teilnehmer an dem Kriterium der langfristigen Wechselkursstabilität orientieren. Zum anderen sollte Europa eine wirksame Begrenzung der Haushaltsdefizite mit einem eigenen Zeitplan und unabhängig von der Währungsunion anstreben; insbesondere sollte klar gestellt werden, daß auch bei einem Platzen des EWU-Projekts die strikte Haushaltskonsolidierung verbindliches Ziel bleibt.

Rüdiger Pohl

Die wirtschaftliche Lage in Mittel- und Osteuropa – Ergebnisse 1996 und Prognose 1997 –

Die Ergebnisse des Jahres 1996 zeigen eine weiterhin starke Differenziertheit der wirtschaftlichen Entwicklung, zunehmend genutzte Chancen, aber auch die überwiegend von Niveaurückständen und institutionellen Mängeln verursachten Schwächen des Transformationsprozesses in den Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas: In den mitteleuropäischen Reformländern verlangsamte sich das Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr, auch wenn man berücksichtigt, daß die Durchschnittsrate durch den Einbruch in Bulgarien negativ beeinflusst wurde. Im Baltikum stabilisierte sich die wirtschaftliche Entwicklung auf niedrigem Niveau. In den europäischen GUS-Ländern setzte sich außer in Weißrußland der Produktionsrückgang fort, in Rußland sogar in erhöhtem Ausmaß. Das Inflationstempo verringerte sich überall mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien, während die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem vorjährigen Niveau verharrte.

Für 1997 ist bei den mitteleuropäischen Reformländern mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung bei Wachstumsraten des Brutto-

inlandsprodukts zwischen drei und sechs Prozent zu rechnen. In den baltischen Ländern dürfte sich das moderate Expansionstempo fortsetzen, und in den GUS-Ländern wird voraussichtlich der Produktionsrückgang zum Stillstand gebracht werden können.

Eine weiterhin hohe Zunahme der deutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa zwischen 10 und 15 vH ist auch für 1997 zu erwarten, da sich der wirtschaftliche Aufschwung vor allem in den Ländern fortsetzt, wo Deutschland bereits starke Marktpositionen innehat. Zudem wird besonders die Nachfrage nach Investitionsgütern – einer traditionellen Stärke deutscher Produzenten – wachsen und sich die reale Aufwertung der meisten mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber der Deutschen Mark fortsetzen.

Verlangsamtes Wirtschaftswachstum in Mittel- und Südosteuropa

In den untersuchten sieben mittel- und südosteuropäischen Reformländern hat sich 1996 der wirtschaftliche Aufschwung gegenüber dem Vor-

Tabelle 1:

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts
- Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Gewicht	1994	1995	1996 ^a	1997 ^b	1989=100 1997
<i>Mittel- und Südosteuropa</i>	40,5	4,1	5,5	4,0	3,6	
Bulgarien	1,8	1,8	2,6	-8	-4	72,0
Polen	16,3	5,2	7,0	6,0	5,5	110,2
Rumänien	4,9	4,0	7,1	4,1	0	88,3
Slowakei	2,4	4,9	7,4	6,9	5	94,9
Slowenien	2,6	5,3	3,9	3,5	3	98,3
Tschechien	6,3	2,6	4,8	4,4	4,5	92,2
Ungarn	6,1	2,9	1,5	1,0	2,5	88,5
<i>Balt. Staaten</i>	2,0	0,2	1,2	2,9	3,0	
Estland	0,5	-2,7	2,9	2,5	3	66,4
Lettland	0,6	0,6	-1,6	2,5	3	51,3
Litauen	0,8	1,0	2,3	3,5	3	41,9
<i>GUS-Länder (3)</i>	57,5	-13,8	-5,1	-6,0	-0,3	
Rußland	50,6	-12,6	-4,2	-6,0	0	57,1
Ukraine	5,0	-23,0	-11,8	-10,0	-2	38,1
Weißrußland	1,9	-13,0	-10,0	2,6	-3	61,1
MOE insgesamt^c	100	-6,2	-0,7	-1,8	1,4	
Nachrichtlich: exportgewichtet ^d		-1,1	2,5	1,7	2,9	

^a Vorläufig, teilweise geschätzt. – ^b Prognose des IWH. – ^c Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu jahresdurchschnittlichen Wechselkursen von 1995. – ^d Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1995.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen des IWH.

jahr deutlich abgeschwächt. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts für diese Region war mit 4,0 vH um eineinhalb Prozentpunkte niedriger als noch 1995 (vgl. Tabelle 1).¹ Läßt man Bulgarien, wo der Vertrauensverlust in die nationale Währung zu einem massiven Produktionsrückgang führte, unberücksichtigt, so betrug die Expansionsrate der Region noch 4,3 vH. Hauptgrund für ihre Verringerung sind die in vielen Ländern zunehmenden außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Generell gilt, daß das Wachstum in Mittel- und Südosteuropa vom privaten Konsum und den Anlageinvestitionen getragen wurde. Wo diese, wie in Ungarn und Bulgarien, rückläufig waren, stagnierte auch die Gesamtproduktion oder ging zurück. In allen Ländern ließen im Unterschied zu 1995 die aus der Exportentwicklung resultierenden Wachstumsimpulse nach. Vom Staatsverbrauch gingen nur in der Slowakei anregende Wirkungen aus.

Auch für das Jahr 1997 sind in den mitteleuropäischen Reformländern Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3 bis 6 vH zu erwarten. Besonders in Polen, in Tschechien und in der Slowakei wird sich die wirtschaftliche Erholung zügig fortsetzen. In Ungarn dürfte es nach der Verbesserung des binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nun wieder zu einem allmählichen Anstieg des Inlandsverbrauchs kommen. Der vorgesehene Regierungskurs konsequenter marktwirtschaftlicher Reformen wird in Rumänien allerdings die Produktion zunächst stagnieren lassen. Die Prognose für Bulgarien ist extrem unsicher. Alles hängt von einer schnellen Stabilisierung der politischen Situation ab und davon, ob mit Unterstützung des IWF das Vertrauen in den Lew – möglicherweise durch die Einrichtung eines Currency-Board – wiederhergestellt werden kann.

Moderates Wachstum in den baltischen Staaten

Das aggregierte Bruttoinlandsprodukt der drei baltischen Länder vergrößerte sich 1996 um knapp drei Prozent. Damit setzte sich die langsame Erholung der Vorjahre trotz der erheblichen Turbulenzen im Bankensektor Lettlands und Litauens fort. Auch hier stammten die Wachstumsimpulse vorwiegend aus dem Inland. Die reale Aufwertung der baltischen Währungen, die durch das Festhalten an weitgehend stabilen nominalen Wechsel-

kursen trotz einer relativ hohen Inflation verursacht wurde, hatte exportdämpfende Wirkungen und beeinträchtigte die Inlandsproduktion zudem durch verbilligte Importe.

Eine deutliche Beschleunigung des Wachstums ist auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. Es gibt wenig Anzeichen für einen baldigen Stillstand der realen Aufwertung und für eine bevorstehende Erholung in den GUS-Ländern, die für die Entwicklung des Dienstleistungssektors wesentliche Anstöße geben könnte.

Produktionsentwicklung in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) weiterhin abwärts gerichtet

Erneut hat die gesamtwirtschaftliche Leistung in Rußland und in der Ukraine beträchtlich abgenommen. Die weitgehende Stagnation der marktwirtschaftlichen Reformen in Rußland, dazu die beschleunigte Schrumpfung der Investitionstätigkeit und das Nachlassen der Wachstumsimpulse aus der exportorientierten Rohstoffwirtschaft dürften dafür die wesentlichen Ursachen gewesen sein. Andererseits konnten in der Ukraine die zunehmenden Reformbemühungen der Regierung² wegen vieler Widerstände nur sehr langsam ihre Wirkung entfalten. Der leichte Produktionsanstieg in Weißrußland ist dagegen in erster Linie verstärkten administrativen Eingriffen in die Wirtschaft zu verdanken.³

Im laufenden Jahr könnte der Produktionsrückgang in Rußland zum Stillstand gebracht werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich Investitionen in Produktionsanlagen wieder zu lohnen beginnen und daß die weitgehend liegengelassenen strukturellen Anpassungen vor allem in der Verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft zügiger als bisher erfolgen. In der Ukraine und in Weißrußland dürfte dagegen das Bruttoinlandsprodukt erneut schrumpfen.

¹ Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle verwendeten Zahlen aus Veröffentlichungen der nationalen statistischen Ämter bzw. der Zentralbanken oder wurden auf ihrer Grundlage berechnet.

² So wurden die mit dem Internationalen Währungsfonds für Ende Juni 1996 vereinbarten Kriterien bezüglich der makroökonomischen und strukturpolitischen Ergebnisse durchweg erfüllt. OECD: Wirtschaftsausblick, 60, Dezember 1996. Paris, S. 149.

³ Für eine ausführliche Analyse vgl. DIW; IfW; IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung – Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands, Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar, in: IWH Forschungsreihe 4/1997.

Erste Ergebnisse eines Strukturwandels in der Industrie erkennbar

Die Industrie blieb auch im vergangenen Jahr für die meisten mittel- und osteuropäischen Länder der wichtigste Wachstumsmotor. In Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn hat die Industrieproduktion schneller als das Bruttoinlandsprodukt zugenommen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:

Industrieproduktion, Produktion der Landwirtschaft, Bauproduktion

- Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Industrieproduktion		Landwirtschaftl. Produktion		Bauproduktion	
	1995	1996 ^a	1995	1996 ^a	1995	1996 ^a
<i>Mittel- und Südosteuropa</i>						
Bulgarien	5,1	-1	4,2	-15	-2,0	-24,5
Polen	10,3	8,8	10,7	0,3	8,1	6,0
Rumänien	9,5	9,9	4,1	1,8	12,6	7,0
Slowakei	8,3	2,5	2,2	1	2,7	9,5
Slowenien	2,0	1,0	1,0	3	9,2	14,3
Tschechien	8,7	6,8	5,0	0,5	8,5	6,5
Ungarn	4,6	2,3	2,6	5,0	-17,6	-1,1
<i>Balt. Staaten</i>						
Estland	4,6	1,1	.	^c	.	21
Lettland	-6,5	1,1	-1,2	^c	18,2	6,7 ^b
Litauen	0,8	1,3	1,8	^c	-8,8	1,9
<i>GUS-Länder (3)</i>						
Rußland	-3,3	-5,5	-8	-7	-9	-18 ^b
Ukraine	-12,5	-5,1	-2,5	-9	.	-20
Weißrußland	-11,9	3,2	-4,7	2,4	.	-13 ^b

^a Vorläufig, teilweise geschätzt. – ^b Nur Wirtschaftsbau. – ^c Keine Gesamtzahl verfügbar: Getreideproduktion deutlich gestiegen, tierische Produktion rückläufig.

Quellen: Nationale statistische Ämter, UNECE, OECD, Schätzungen des IWH.

Deutlicher als in den Vorjahren waren in vielen Ländern strukturelle Veränderungen zugunsten anspruchsvollerer Industrieprodukte erkennbar. So konnte die ungarische Industrie bei zurückgehenden Inlandsbestellungen ihren Auslandsabsatz um 13,5 vH steigern, darunter der Maschinenbau sogar um 36 vH. Besonders bemerkenswert ist, daß damit etwa zwei Drittel der Maschinenproduktion in den Export gingen, davon wiederum drei Viertel in die entwickelten Industrieländer.⁴ Auf der anderen Seite entwickelten sich die Textil-, die Holz- und Papierindustrie sowie die Eisen- und Stahlerzeugung unterdurchschnittlich, stagnierten oder ver-

ringerten sogar ihre Produktion. Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich unter dem Einfluß der zunehmenden ausländischen Konkurrenz und des Engagements ausländischer Investoren auch in Tschechien und in Polen. Während das Verarbeitende Gewerbe Tschechiens um insgesamt 6,0 vH zulegte, wurde die Produktion von Transportausrüstungen um 29 vH, von chemischen Erzeugnissen und Kunstfasern um 12 vH und diejenige von elektrotechnischen und optischen Ausrüstungen um 7 vH ausgeweitet. In Polen waren die Entwicklungsunterschiede zwischen den Industriebranchen noch größer. Die Produktion von Straßenfahrzeugen und anderen Transportausrüstungen sowie von medizinischen, optischen und Präzisionsinstrumenten nahm etwa dreimal so schnell zu wie die des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Vor allem elektrotechnische Maschinen und Apparate sowie Druckerzeugnisse wuchsen wesentlich dynamischer als der Durchschnitt. Auch in diesen beiden Ländern gehörten die Textilindustrie, die Lederwarenindustrie und die Eisen- und Stahlerzeugung zu den schrumpfenden Branchen, eine Folge vor allem der zurückgehenden Nachfrage in Westeuropa.

Stärker noch als in den Vorjahren widerspiegelt sich die Wirtschaftskrise Rußlands und der Ukraine in der anhaltenden Deindustrialisierung. In Rußland meldeten alle Industriebranchen deutliche Produktionsrückgänge, die wiederum am stärksten in den vornehmlich auf den Binnenabsatz orientierten Branchen, wie der Leicht-, der Baustoff-, der Holz- und der Papierindustrie ausfielen. Aber auch die Erzeugung von Brennstoffen, von Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und chemischen Erzeugnissen ging zurück, weil deren Exporte nicht in gleichem Maße wie in den Jahren zuvor ausgeweitet werden konnten. Ein nahezu identisches Bild ergeben die Daten aus der Ukraine, wo die Produktionsrückgänge alle Investitions- und Konsumgüterbranchen betrafen. Bis Ende Oktober gab es lediglich bei Erdgas, Stahlröhren, Schwefelsäure und Mineraldünger leichte Produktionszuwächse.

Der Beitrag der Landwirtschaft zur Wirtschaftsentwicklung in Mittel- und Osteuropa war überwiegend unterdurchschnittlich. Die Getreideernte, vorrangig die Weizenernte, fiel in vielen Ländern schlecht aus; die Tierproduktion verharrte meist auf niedrigem Niveau.

Dramatisch gestaltete sich die Lage in Bulgarien, wo verursacht durch ungünstige Witterungsverhältnisse, aber auch wegen der geringen Qualität der Feldarbeiten um 48 vH weniger Weizen

⁴ Vgl. WEIDMANN, M.: Ungarn, in: Creditanstalt, Central European Quarterly IV/96. Wien 1996, S. 63.

und um 34 vH weniger Mais als im Vorjahr geerntet wurden, und dadurch ernsthafte Versorgungsgengpässe entstanden. Der Importbedarf an Brot- und Futtergetreide wird mit 1,5 Mio. Tonnen angegeben, wofür allerdings die erforderlichen Devisenreserven fehlen.

In Rumänien ist die landwirtschaftliche Produktion insgesamt nahezu gleich geblieben. In Ungarn konnten die Verluste bei Weizen durch erhebliche Aufkommenssteigerungen bei anderen Feldfrüchten mehr als ausgeglichen werden. Auch die Tierproduktion erhöhte sich leicht. Das trifft auf Polen ebenfalls zu, wo die Aufkäufe an Schlachtvieh um 8 vH gesteigert wurden. Die slowenische Landwirtschaft setzte ihre positive Vorjahresentwicklung fort, und in Tschechien dürfte ebenso wie in der Slowakei das Produktionsergebnis von 1995 insgesamt leicht übertroffen worden sein.

Aus Rußland und der Ukraine wurden erneut starke Produktionsrückgänge der Landwirtschaft gemeldet. Neben ungünstigen Witterungsbedingungen hatten darauf in beiden Ländern die stagnierenden Landreformen den entscheidenden Einfluß. In Rußland wuchs zwar die Getreideproduktion um 9 vH gegenüber 1995, aber die Ergebnisse bei allen übrigen Feldfrüchten und in der tierischen Produktion waren nach unten gerichtet. Die Ukraine verzeichnete sowohl in der Pflanzen- als auch in der Tierproduktion außerordentlich starke Einbrüche.

Die bisher verfügbaren Daten zur Entwicklung des Baugewerbes lassen erkennen, daß das Baugewerbe nur in Ländern mit einer hohen Investitionsdynamik einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leistete. Das galt in erster Linie für Slowenien und die Slowakei, aber auch für Rumänien, Tschechien und Polen sowie für Lettland und Litauen. Der Investitionsrückgang in Bulgarien und den GUS-Ländern führte dagegen zu erheblichen Einschränkungen der Bauproduktion. Auch in Ungarn hatte die Stagnation des Investitionsgeschehens negative Auswirkungen auf die Bauwirtschaft, die allerdings durch die Expansion im Wohnungsbau wesentlich gemildert wurden. In den meisten anderen Reformländern blieb der Wohnungsbau rückläufig.

Differenzierte Investitionsdynamik

Für Polen und Tschechien ist es bereits das fünfte Jahr hintereinander, in denen die Bruttoanlageinvestitionen kräftig ausgeweitet wurden (vgl. Tabelle 3). Damit entstanden vorteilhafte Voraussetzungen auch für künftiges Wachstum. In beiden Ländern wurden die Investitionen häufig ohne Inanspruchnahme von Krediten inländischer Ge-

schaftsbanken finanziert, unter anderem wegen der immer noch hohen Realzinsen und wegen der geringen Bereitschaft der Banken, überhaupt langfristige Kredite zu gewähren.⁵ Reinvestierte Gewinne und Kapitalerhöhungen bildeten neben staatlichen Investitionsfördermaßnahmen eine wesentliche Finanzierungsquelle, und vielfach wurden auch günstige Finanzierungsangebote im Ausland genutzt.

Tabelle 3:

Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen
- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	1993	1994	1995	1996 ^a
<i>Mittel- und Süd- osteuroopa</i>				
Bulgarien	-17,5	1,1	10,5	-10
Polen	2,3	9,2	18,6	21,6
Rumänien	8,5	26,4	10,5	4,5
Slowakei	-4,9	1,1	9,4	30,5 ^b
Slowenien	18,7	19,6	21,1	12
Tschechien	8,0	17,0	14,8	17,8
Ungarn	-0,7	12,3	-4,3	-4,4
<i>Baltische Staaten</i>				
Estland	12,2	10,2	7,5	9
Lettland	-15,8	0,8	12,4	12
Litauen	-25	11,7	-2,3	.
<i>GUS-Länder (3)</i>				
Rußland	-11,6	-24	-13	-18
Ukraine	-10,3	-23	-35	-20
Weißrußland	-15	-11	-21	-10

^a Vorläufig, teilweise geschätzt. – ^b Bis September.

Quellen: Nationale statistische Ämter, UNECE, Schätzungen des IWH.

In vielen Ländern wird die Investitionsnachfrage noch immer wesentlich vom Engagement des Staates bestimmt. Die starke Investitionsausweitung in der Slowakei ging mit einer nahezu gleich großen Zunahme des Staatsverbrauchs einher. Besonders umfangreiche Aktivitäten der öffentlichen Hand waren dem Ausbau des Atomkraftwerks Machovce und der Straßeninfrastruktur gewidmet.⁶ In Ungarn dagegen wurde der Rückgang der Investitionstätigkeit maßgeblich durch die Verminderung öffentlicher Investitionen (Verkehr, Telekommunikation) verursacht. In anderen Berei-

⁵ Das gilt auch für Ungarn, wo die Banken, nachdem ihre Finanzen einigermaßen saniert wurden, bei der Kreditvergabe extrem zurückhaltend sind. OECD, Wirtschaftsausblick, a.a.O., S. 145.

⁶ Vgl. LUKAS, Z.: Slovakia: booming imports, still high growth, in: The Vienna Institute for Comparative Economic Studies, Research Report No. 233. Wien 1997, S. 45.

chen, beispielsweise im Verarbeitenden Sektor und bei Engineeringfirmen, wurden allerdings privat finanzierte Investitionen beträchtlich ausgeweitet, wobei die Ausrüstungsinvestitionen deutlich schneller als die Gesamtinvestitionen wuchsen. Dennoch zeigt das ungarische Beispiel, daß die rigide Sanierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten von staatlichen Investitionen auch eine Reihe von Problemen aufwirft.

Wie in den Vorjahren haben sich in den GUS-Ländern die Investitionen weiter stark verringert; ihr Niveau beträgt nur noch zwischen 20 und 30 vH des Standes von 1989. In Rußland gab es nur im Nachrichtenwesen und in der Bauwirtschaft leichte Zuwächse gegenüber dem Vorjahr, während die Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe erneut schrumpfte und in der Landwirtschaft nahezu eingestellt wurde.⁷ Hohe Realzinsen, nur geringe Nachfrageimpulse und die mangelnde Attraktivität von Investitionen in Sachkapital im Vergleich zu Investitionen in Finanzanlagen waren wichtige Ursachen dieser Entwicklung.

Privater Konsum expandiert

Bezüglich des privaten Verbrauchs dürfte sich das Gesamtbild mit seinen Differenzierungen kaum von dem bei den Investitionen unterscheiden. Gemessen am realen Einzelhandelsumsatz und an den Reallöhnen (vgl. Tabelle 4) hat er in Polen kräftig zugenommen, gefördert auch durch die starke Ausweitung der Kredite an private Haushalte. In Tschechien beschleunigte sich sogar im 2. Halbjahr der Anstieg des privaten Konsums; insbesondere die Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern erhöhte sich, was teilweise zu einer Verringerung der Spareinlagen führte. Ähnliches gilt für Slowenien und die Slowakei, wo die Pkw-Käufe erheblich zunahmen. In den meisten Ländern wurde der Anstieg der Konsumnachfrage noch stärker als in den Vorjahren durch wachsende Importe, vorwiegend aus Westeuropa, gedeckt.

Wachsender Importsog vergrößerte Defizite in den Handelsbilanzen

Ein grundlegendes Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1996 bestand darin, daß sich in allen untersuchten mittel- und osteuropäischen Ländern der Außenbeitrag deutlich verringerte. Allein für die mittel- und südosteuropäi-

Tabelle 4:
Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes und der Reallöhne

- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	Einzelhandelsumsatz			Reallöhne		
	1994	1995	1996 ^a	1994	1995	1996 ^a
<i>Mittel- und Südosteuropa</i>						
Bulgarien	4,2	2,7	-9,3	-23,7	-7,3	-7,8 ^b
Polen	2,0	4,0	7,4	0,5	3,0	6,1
Rumänien	8,3	24,6	7,9	-2,0	16,7	7,6
Slowakei	2,0	2,1	6,9	3,0	3,8	6,2 ^b
Slowenien	6,0	4,4	2,9	3,7	5,1	2,4
Tschechien	5,5	4,8	11,4 ^b	7,7	7,7	9,2 ^b
Ungarn	-6,1	-8,1	-5,0	3,1	-6,3	-5,4
<i>Balt. Staaten</i>						
Estland	-2,5	23,8	12,1	10,5	9,0	4,7
Lettland	23,4	-0,2	-11	8,2	-2,6	-3,4
Litauen	-15,8	0,7	7,2	6,5	3,7	13,0
<i>GUS-Länder (3)</i>						
Rußland	0,1	-7,2	-4	-7,8	-25,7	5
Ukraine	-13,6	-13,9	-11	-11,1	12,4	9,5
Weißrußland	-10,6	-23	17	-30,9	-6,7	3,9

^a Vorläufig, teilweise geschätzt. – ^b Bis September.

Quellen: Nationale statistische Ämter, OECD, Schätzungen des IWH.

schen Volkswirtschaften betrug die Verschlechterung der Handelsbilanzen mehr als 12 Mrd. US-Dollar (vgl. Tabelle 5). Diesem Bild folgten im allgemeinen auch die Leistungsbilanzen. Nur Ungarn und Slowenien registrierten nennenswerte Überschüsse aus der Touristikbilanz, während bei Polen berücksichtigt werden muß, daß in den Zollstatistiken der umfangreiche grenzüberschreitende Einkaufstourismus, der schätzungsweise Einnahmen von 6 bis 8 Mrd. US-Dollar erbrachte, nicht ausgewiesen wird. Gegenüber der Europäischen Union dürften sich die Defizite im Vergleich zum Vorjahr wahrscheinlich sogar verdoppelt haben.⁸ Andererseits konnte Rußland wegen seiner hohen Roh- und Brennstoffexporte den Ausfuhrüberschuß noch einmal leicht vergrößern.⁹

Insgesamt war die Zunahme der Ausfuhren schwach. Das Exportwachstum der mittel- und südosteuropäischen Länder belief sich 1996 (gemes-

⁷ Vgl. DIW; IfW; IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Die Wirtschaftspolitik muß Investitionsanreize schaffen, Neunter Bericht, in: IWH, Forschungsreihe 10/1996, S. 8.

⁸ Extrapoliert entsprechend den Daten für das 1. Halbjahr 1996. Quelle: EUROSTAT: Außen- und Intrahandel der EU, monatliche Statistiken, Heft 12/1996.

⁹ Die Daten beruhen auf der russischen Zollstatistik, berücksichtigen also die umfangreichen sogenannten shuttle-Importe nicht, die in der Zahlungsbilanzstatistik zu einem erheblich geringeren Exportüberschuß führen.

Tabelle 5:
Salden der Handelsbilanzen

	Gesamthandel in Mio. US-Dollar			Handel mit Deutschland in Mio. DM		
	1994	1995	1996 ^a	1994	1995	1996 ^d
<i>Mittel- und Südosteuropa</i>	-10.018	-15.160	-27.167	-2.162	-2.029	-7.211
Bulgarien	-17	428	250	-329	-529	-223
Polen	-4.327	-6.155	-12.590	-231	-280	-3.810
Rumänien	-958	-1.890	-2.310	-181	-413	-559
Slowakei	80	61	-2.150	159	59	-279
Slowenien	-476	-1.176	-1.403	544	498	478
Tschechien	-436	-3.823	-5.900	-1.156	-1.242	-2.354
Ungarn	-3.884	-2.605	-3.064	-968	-122	-463
<i>Baltische Staaten</i>	-921	-1.512	-2.950	-532	-286	-537
Estland	-348	-692	-1.135	-76	-116	-123
Lettland	-253	-445	-745	-89	-11	-123
Litauen	-320	-944	-1.070	-367	-159	-292
<i>GUS-Länder (3)^b</i>	18.162	23.406	28.634	886	1.636	1.906
Rußland ^{be}	16.500	22.100	28.500	2.401	3.277	3.518
Ukraine ^b	1.605	1.346	620	-1.269	-1.184	-1.124
Weißrußland ^b	57	-40	-486	-246	-457	-488
MOE insgesamt^c	7.223	6.734	-1.483	-1.808	-679	-5.842

^a Vorläufig, teilweise geschätzt. – ^b Nur Handel außerhalb der GUS. – ^c Summe der aufgeführten Länder. – ^d Januar bis November. – ^e Einschließlich des nichtregistrierten Kleinhandels.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Statistisches Bundesamt, Schätzungen des IWH.

sen auf US-Dollar-Basis) auf weniger als 2 vH, nachdem es noch im Jahr zuvor 32 vH betragen hatte. Hauptursache der Passivierung der Handelsbilanzen war jedoch in vielen Ländern ein erheblicher Anstieg der Einfuhren. In Rumänien, Slowenien und Bulgarien sanken die Exporte stärker als die Importe. Besonders ausgeprägt war der Importsog in Polen, in Tschechien und in der Slowakei, aber auch in den drei baltischen Republiken. In diesen Ländern wurde ein zunehmender Teil der gewachsenen Inlandsnachfrage durch Importgüter befriedigt. In erheblichem Umfang waren das für die Restrukturierung und Erneuerung des Kapitalstocks notwendige Investitionsgüter (in Polen nahmen diese Einfuhren um mehr als 20 vH, in Tschechien um über 16 vH zu), aber es verschärfte sich auch der Konkurrenzdruck durch importierte Verbrauchsgüter.

Die Verschlechterung der Handelsbilanzen wurde auch von der fortgesetzten realen Aufwertung vieler mittel- und osteuropäischen Währungen beeinflusst. Gegenüber dem ECU kam sie 1996 zwar weitgehend zum Stillstand, setzte sich aber für die Währungen der CEFTA-Länder mit Ausnahme des slowenischen Tolar gegenüber der DM fort.

Deutschland festigte seine Position als der wichtigste Handelspartner der meisten mittel- und osteuropäischen Länder. Leichte Positionsverluste

gegenüber Unternehmen aus anderen EU-Ländern, die im Verlauf der vorangegangenen Jahre eingetreten waren,¹⁰ konnten 1996 zum größten Teil wieder ausgeglichen werden. In den ersten drei Quartalen des Jahres wurden die deutschen Exporte dorthin um nahezu 20 vH ausgeweitet. Die Bedeutung Mittel- und Osteuropas als Absatzmarkt für deutsche Produkte wird sich voraussichtlich auch in diesem Jahr erhöhen. Gewichtet man das prognostizierte Wirtschaftswachstum in Mittel- und Osteuropa mit den deutschen Exportanteilen, so ergibt sich eine deutliche Verstärkung der aus dieser Region stammenden Nachfrageimpulse (vgl. Tabelle 1). Die Struktur der Nachfrage wird sich zudem weiter zugunsten von Investitionsgütern, einer besonderen Stärke der deutschen Exportwirtschaft, verändern. Schließlich wird sich nach den Prognosen mit Ausnahme Ungarns und Sloweniens die reale Aufwertung der Währungen gegenüber der DM fortsetzen. Alles in allem dürften die deutschen Exporte in die hier untersuchten Länder nochmals um 10 bis 15 vH auf 74 bis 77 Mrd. DM ausgeweitet werden können.

¹⁰ Vgl. WERNER, K.: Zur Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beim Export nach Mittel- und Osteuropa, Ein Vergleich im Rahmen der Europäischen Union, in: IWH, Forschungsreihe 3/1997.

Produktivität in der Industrie steigt, Beschäftigung nimmt leicht ab

Viele Länder Mittel- und Osteuropas konnten 1996 die Produktivität in der Industrie wie schon in den Vorjahren erheblich steigern (vgl. Tabelle 6). Am geringsten fiel der Produktivitätsfortschritt in der Slowakei aus, weil dort trotz nur moderater Produktionsentwicklung die Beschäftigung sogar leicht (um 0,4 vH) zugenommen hat. In den anderen untersuchten Ländern ging die Zahl der in der Industrie Beschäftigten zwischen 6 vH (Ungarn) und 0,8 vH (Polen) zurück. Die höhere Produktivität war damit nicht nur das Resultat besserer Kapazitätsauslastung und einer reduzierten Beschäftigtenzahl, sondern auch der einsetzenden technischen Erneuerung des Kapitalstocks. Die Lohnstückkosten wurden zwischen 9 vH (Ungarn) und 0,5 vH (Slowenien) gesenkt;¹¹ nur in der Slowakei erhöhten sie sich um 4,5 vH und verschlechterten somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des slowakischen Exportangebots.

Tabelle 6:
Arbeitsproduktivität in der Industrie
- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	1993	1994	1995	1996 ^a
Bulgarien	1,4	18,6	9,7	10,4
Polen	12,6	13,1	5,9	9,6
Rumänien	9,0	14,7	15,6	12,6
Slowakei	-7,3	7,0	4,1	2,1
Slowenien	5,8	13,2	6,3	5,8
Tschechien	-1,2	5,1	10,5	12,1
Ungarn	13,4	15,7	10,5	8,0

^a Vorläufig.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen des IWH.

In der Gesamtwirtschaft ging die Beschäftigung im allgemeinen weiter zurück. Dennoch verringerten sich die Arbeitslosenquoten, weil die Beschäftigungsneigung abnahm oder sich die Stille Reserve vergrößerte (vgl. Tabelle 7). Der erstaunlich gute Zustand des tschechischen Arbeitsmarktes erklärt sich namentlich aus dem nach wie vor starken Engagement des Staates als Arbeitgeber und der im Vergleich zu anderen Ländern höheren Arbeitsnachfrage im privaten Sektor.¹²

¹¹ Das gilt nur für den Bereich der Industrie. Bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft war in Tschechien beispielsweise der Anstieg der Reallöhne weitaus höher als das Produktionswachstum. OECD, Wirtschaftsausblick, a.a.O., S. 139.

¹² Vgl. GABRISCH, H.; SCHNEIDER, H.: Beschäftigungswunder Tschechien: Niedrige Löhne und viel öffentliche Verwaltung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/1997, S. 5 ff.

Tabelle 7:
Arbeitslosenquote

- Anteil der registrierten Arbeitslosen an der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in vH, Jahresende -

	1994	1995	1996 ^a	1997 ^b
<i>Mittel- und Süd- osteuropa^c</i>	12,3	11,2	10,2	10,9
Bulgarien	12,8	11,1	12,5	14
Polen	16,0	14,9	13,6	13,5
Rumänien	10,9	8,9	6,5	8
Slowakei	14,6	13,8	12,5	12,5
Slowenien	14,4	14,5	14,0	14
Tschechien	3,2	2,9	3,5	4
Ungarn	10,4	10,4	10,5	11,5
<i>Baltische Staaten^c</i>	5,2	6,6	6,3	6,9
Estland	4,5	4,1	4,5	5
Lettland	6,5	6,6	7,2	7,5
Litauen	4,5	7,3	6,2	7
<i>GUS-Länder (3)^c</i>	5,6	6,2	7,2	8,1
Rußland ^c	7,4	8,8	9,3	10
Ukraine	0,3	0,6	1,2	2,5
Weißrußland	2,1	2,7	3,9	5
MOE insgesamt^{cd}	7,6	8,1	8,1	8,9

^a Vorläufig. - ^b Prognose des IWH. - ^c Gewichtet mit den Anteilen an der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa. -

^d Summe der aufgeführten Länder. - ^e Entsprechend der ILO-Methodik.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen des IWH.

Im laufenden Jahr dürften die Arbeitslosenquoten trotz des Produktionswachstums in den mitteleuropäischen Reformländern nahezu unverändert bleiben. Im Baltikum dagegen ist selbst bei einem zügigen Ausbau des Dienstleistungssektors der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit wohl unvermeidlich. Wachsende Spannungen sind auch auf dem Arbeitsmarkt der GUS-Länder zu erwarten.

Verringerter Verbraucherpreisanstieg

In allen Ländern mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens sind 1996 weitere Fortschritte in der Inflationsbekämpfung erreicht worden (vgl. Tabelle 8). Drei Ländern, Tschechien, Slowenien und der Slowakei, gelang es, die jährliche Preissteigerungsrate unter die 10-Prozent-Marke zu drücken, wobei das beste Ergebnis in der Slowakei mit 5,4 vH erreicht wurde. Gerade dort sind aber Gefahren für die weitere Stabilisierung des Preisniveaus erkennbar, weil Kreditexpansion und Geldmengenwachstum mit fast 20 vH deutlich über der Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Leistung lagen.¹³ In Rumänien wurde zwar versucht, die geldpolitischen Zügel zu straffen, doch trug der

¹³ Vgl. SPANEL, T.: Slowakische Republik, in: Creditanstalt, a.a.O., S. 45.

vom Budget ausgehende Druck zu einer raschen Expansion der monetären Basis und damit zum Anstieg der Inflationsrate bei.¹⁴ In Bulgarien dagegen ging der Preisdruck in erster Linie von der durch mangelnden Reformwillen der Regierung hervorgerufenen Vergrößerung des Haushaltsdefizits, der allgemeinen Bankenkrise und der damit einhergehenden Verschlechterung des Außenwertes der Währung aus.

Tabelle 8:

Entwicklung der Verbraucherpreise

- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr (Jahresdurchschnitt) -

	1994	1995	1996 ^a	1997 ^b
<i>Mittel- und Süd- osteuropa^c</i>	40,6	25,0	26,1	38,4
Bulgarien	96,0	62,1	169	450
Polen	32,2	27,8	19,9	15
Rumänien	136,8	32,3	38,8	60
Slowakei	13,5	9,9	5,4	6
Slowenien	21,0	13,5	9,9	8
Tschechien	10,0	9,1	8,6	9
Ungarn	18,8	28,3	23,5	18
<i>Baltische Staaten^c</i>	53,7	32,2	20,5	14,0
Estland	47,7	29,0	23,0	15
Lettland	35,9	25,0	17,6	12
Litauen	72,2	39,6	24,6	15
<i>GUS-Länder (3)^c</i>	407,1	230,0	50,8	27,1
Rußland	307,5	197,4	47,8	25
Ukraine	891,2	376,7	80,6	40
Weißrußland	2.221,0	709,3	52,7	50
MOE insgesamt^{cd}	248,3	143,1	40,3	31,4

^a Vorläufig. - ^b Prognose des IWH. - ^c Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt. - ^d Summe der aufgeführten Länder.

Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen des IWH.

Ob die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung in den GUS-Ländern dauerhaft sind, ist unsicher. Zu ihnen haben auch die starke Geldverknappung, die monatelange Zurückhaltung von Löhnen und Gehältern und die weiter wachsenden Zahlungsrückstände zwischen Unternehmen und Banken beigetragen. Entsprechende Verbesserungen könnten die Geldentwertung wieder beschleunigen.

Im Jahr 1997 wird in den mitteleuropäischen Volkswirtschaften die Verbraucherpreis-inflation auch wegen der vielfach angekündigten Anhebung von administrierten Preisen und Tarifen (darunter vor allem bei Energie und Wohnungsmieten) wohl nur in Ungarn und Polen spürbar verringert werden können. In Bulgarien und Rumänien wird sie sogar deutlich ansteigen. Im Baltikum und in den GUS-Län-

dern ist eine weitere Rückführung des Preisanstiegs kaum zu erwarten, auch wenn die Jahresdurchschnittsraten noch etwas niedriger ausfallen werden.

Defizite in der Leistungsbilanz, stagnierende Direktinvestitionen, nur noch langsam wachsende Devisenreserven

Nachdem 1995 die Defizite in den Leistungsbilanzen der mitteleuropäischen Volkswirtschaften deutlich größer geworden waren, ergaben die vorjährigen Resultate ein uneinheitliches Bild (vgl. Tabelle 9). Ungarn und vor allem Polen verbesserten ihre Leistungsbilanzposition, während in Tschechien, in Rumänien und in Slowenien die Defizite die Vorjahreswerte überstiegen oder wie in der Slowakei neu entstanden. Kritisch ist die starke Expansion der Defizite (ca. 6,5 vH des Bruttoinlandsprodukts) besonders in Tschechien zu sehen, die zudem zu einer Verringerung der Devisenreserven geführt hat. Die Devisenreserven Rumäniens und Bulgariens sind auf einem gefährlich niedrigen Stand; sie entsprechen gerade dem Importvolumen eines einzigen Monats.

Tabelle 9:

Leistungsbilanz, Direktinvestitionen, Devisenreserven
- in Mio. US-Dollar. Periodenende -

	Saldo der Leistungsbilanz		Direktinvestitionen		Devisenreserven ^a	
	1995	1996 ^b	1995	1996 ^b	1995	1996 ^b
Bulgarien	293	-34 ^e	98	92 ^c	1.236	506 ^e
Polen	5.454	-1.352	1.134	2.008 ^f	4.963	7.554
Rumänien	-1.292	-2.000	417	138 ^e	334	489
Slowakei	646	-1.401 ^g	157	85 ^e	3.418	3.655
Slowenien	-36	-271 ^g	170	95 ^e	1.821	2.297
Tschechien	-1.362	-3.083 ^e	2.526	1.400	4.023	2.633
Ungarn	-2.465	-1.678	4.453	1.788	1.968	9.800
Estland	-186	-222 ^e	182	77 ^e	514	660
Rußland	1.288	10.300 ^e	2.017	1.200 ^e	4.265	10.329 ^f

^a Bei den Zentralbanken. - ^b Vorläufig. - ^c 1. Halbjahr. - ^d August. - ^e September. - ^f Oktober. - ^g November.

Quellen: Nationale Statistiken, Internationaler Währungsfonds.

Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen hat sich im vergangenen Jahr mit Ausnahme Polens offensichtlich abgeschwächt, auch wenn man berücksichtigt, daß die Werte des Jahres 1995 für Ungarn und Tschechien wegen besonders hoher Privatisierungserlöse (Telekom) nicht wiederholbar waren. Außer bei den genannten beiden Ländern und bei Polen bewegen sie sich ohnehin auf niedrigem Niveau, wozu auch das relativ geringe Engagement deutscher Investoren beigetragen hat.

Klaus Werner

¹⁴ Vgl. OECD: Wirtschaftsausblick, a.a.O., S. 148.

Kein Ende des Konjunkturzyklus – Zu den konjunkturellen Auswirkungen der gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen im Dienstleistungssektor

Über das konjunkturelle Verhalten des Dienstleistungssektors und seiner Branchen ist bislang nur wenig bekannt. Das gilt besonders für sein Investitionsverhalten. Diese Wissenslücke ist nicht unproblematisch, da die Investitionen zu den am stärksten schwankenden Bestandteilen des Bruttoinlandsprodukts gehören und der Anteil des Dienstleistungssektors an dieser Größe im Laufe der Jahre kontinuierlich angestiegen ist.

Eine Betrachtung des konjunkturellen Verhaltens der Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland von 1960 bis 1993 zeigt, daß der Dienstleistungssektor 1960 nur für gut ein Viertel der Ausrüstungsinvestitionen verantwortlich zeichnete, 1993 aber schon für mehr als die Hälfte. Parallel dazu sind auch die Beiträge dieses Sektors zur Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen gestiegen.

Stark zugenommen hat auch der Dienstleistungsbeitrag zu den Schwankungen dieser Rate: der Dienstleistungssektor trägt mittlerweile stärker zu den konjunkturellen Schwankungen der Ausrüstungsinvestitionen bei als das Verarbeitende Gewerbe. Als Ursache dafür kann in erster Linie ein zunehmender Gleichlauf der Konjunktur zwischen den einzelnen Dienstleistungsbereichen sowie zwischen Dienstleistungsbereichen und dem Verarbeitenden Gewerbe ausgemacht werden. Nur wenige Belege finden sich hingegen für eine Zunahme der Investitionsschwankungen innerhalb der Dienstleistungsbereiche.

Dem konjunkturellen Verhalten des Dienstleistungssektors sollte eine stärkere Beachtung zuteil werden als es gemeinhin der Fall ist. Voraussetzung für ein besseres Verständnis dieses Verhaltens ist aber eine verbesserte Datenbasis, für die der Gesetzgeber die Grundlage schaffen muß.

Mildert das Dienstleistungswachstum Rezessionen?

Zu den sichersten ökonomischen Prognosen überhaupt dürfte die Voraussage gehören, daß der Dienstleistungssektor in der Bundesrepublik auch weiterhin an relativem Gewicht zunehmen wird. Unklar ist allerdings bislang, welche konjunkturellen Auswirkungen der Strukturwandel haben wird. So wird zum einen behauptet,¹⁵ daß Dienstleistungen weniger starken Nachfrageschwankun-

gen ausgesetzt seien als Sachgüter. Konsequenterweise sollte die Zunahme der Dienstleistungsanteile an Bruttowertschöpfung oder Beschäftigung zu einer Abschwächung der konjunkturellen Schwankungen dieser Aggregate führen mit verlockenden Aussichten: kürzere, weniger harte Rezessionen und geringere Beschäftigungseinbrüche während der Rezessionen.

Dieser Argumentation hält beispielsweise die OECD entgegen,¹⁶ daß aufgrund von Fortschritten in der Informationstechnologie Dienstleistungen den Waren immer ähnlicher würden. Die Möglichkeit zur „codification of knowledge“, also zur Übertragung von Wissen – wie beispielsweise Steuerrecht – in Software, mache Dienste lagerbar und setze sie damit – genau wie Waren – der Möglichkeit des Konsumaufschubs aus. Außerdem sei ein wachsender Anteil der Dienstleistungen eine Ergänzung zur Warenproduktion, schwanke also zusammen mit dieser. Letztendlich könne also von dauerhaft geringeren Schwankungen keine Rede sein. Damit müßte dann die Hoffnung auf schwächere Konjunkturschwankungen fallengelassen werden.

Während diese Hypothesen in der Literatur zumindest ansatzweise für die Aggregate Beschäftigung und Bruttowertschöpfung empirisch überprüft wurden – mit allerdings nicht eindeutigen Ergebnis –,¹⁷ sind die Ausrüstungsinvestitionen bislang vernachlässigt worden. Dies ist erstaunlich, kommt ihnen doch als außerordentlich stark schwankendem Bestandteil des Bruttoinlandsproduktes eine besondere Bedeutung für konjunkturelle Schwankungen zu. Darüberhinaus werden viele konjunkturelle Auf- oder Abschwünge durch entsprechende Veränderungen der Investitionen eingeleitet. Da außerdem der Anteil des Dienstleistungssektors an der Investitionsnachfrage in der Bundesrepublik von gut einem Viertel 1960 auf mehr als die Hälfte 1993 zugenommen hat, soll das konjunkturelle Verhalten der Ausrüstungsinvestitionen im Dienstleistungssektor an dieser Stelle genauer betrachtet werden.

¹⁵ Zu dieser Diskussion vgl. z.B.: The Ups and Downs of Services, The Economist, 6. Juli 1996.

¹⁶ Vgl. WYCKOFF, A.: The Growing Strength of Services, in: OECD Observer, 200 (1996), S. 11-15.

¹⁷ Für die Bundesrepublik hat Döpke eine solche Analyse durchgeführt. Vgl.: DÖPKE, J.: Konjunkturzyklen im Dienstleistungssektor, in: Die Weltwirtschaft, 3 (1995), S. 311-324. Eine Übersicht über verschiedene Studien findet sich bei WICHMANN, T., IWH, Diskussionspapier Nr. 54 (1997).

Dabei sind allerdings vorweg aufgrund des Datenmaterials einige Einschränkungen in bezug auf die Generalität der Aussagen zu machen. Zuerst einmal untergliedert die amtliche Statistik den Dienstleistungssektor nicht übermäßig detailliert: Eine sehr große Bedeutung kommt dem Restposten der „übrigen Dienstleistungen“ zu, die so unterschiedliche Branchen wie z.B. Wachdienste, Steuerberater und Werbeagenturen zusammenfassen. Darüber hinaus existieren Erfassungsprobleme, die auf das Unternehmenskonzept in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zurückzuführen sind. Dienstleistungsproduktion in vorwiegend industriell orientierten Unternehmen wird dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet. Das gilt sogar dann, wenn ganze Betriebe dieses Unternehmens Dienstleistungen produzieren.¹⁸ Diese Unschärfen in der Erfassung sind nicht unbedeutend. Neuere Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß etwa 30 Prozent der Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe mit Dienstleistungstätigkeiten befaßt sind.¹⁹

Trotz dieser Unvollkommenheiten folgt diese Arbeit in Ermangelung von Alternativen der Gliederung der Wirtschaftsbereiche des Statistischen Bundesamtes,²⁰ wobei sich die Betrachtungen ausschließlich auf Unternehmen beziehen – Dienstleistungen des Staates und privater Organisationen ohne Erwerbscharakter bleiben unberücksichtigt. Diese bestverfügbare Untergliederung des Dienstleistungssektors, wie sie hier benutzt wird, hat allerdings einen Preis. Die Zahlen liegen nur in Jahresabständen vor, nicht in der meist für die Konjunkturanalyse benutzten Quartalsform. Da konjunkturelle Schwankungen sich aber üblicherweise über mehrere Quartale erstrecken, dürfte der Vorteil der tiefen Untergliederung die Nachteile der Ungenauigkeit aufwiegen.

Darüber hinaus sind die Daten der Ausrüstungsinvestitionen in der hier dargestellten Untergliederung vorsichtig zu interpretieren. Da in den meisten Dienstleistungsbereichen keine jährlichen Investitionserhebungen durchgeführt werden, wie

dies beispielsweise im warenproduzierenden Gewerbe der Fall ist, müssen die Daten mit Hilfe einer Fülle von Hilfsschätzungen berechnet werden. Dazu gehört unter anderem die Zuhilfenahme von Kfz-Zulassungsstatistiken, des ifo-Investitionstests, von Handwerkszählungen und der Geschäftsberichte von Unternehmen.²¹

Anteile des Dienstleistungssektors an der Gesamtwirtschaft

Die kräftige Expansion des Dienstleistungssektors ist ein allgemein bekannter stilisierter Fakt der bundesdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren. Weniger bekannt ist, wie sich die einzelnen Bereiche des Dienstleistungssektors entwickelt haben. Außerdem konzentriert sich die Diskussion auf die Dienstleistungsanteile an Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigenzahl. Die Dienstleistungsanteile an den Ausrüstungsinvestitionen werden nur selten angesprochen.

Die Tabelle 1 zeigt die zeitliche Entwicklung für die alten Bundesländer. Als relativ einheitliches Bild ergibt sich ein ziemlich kräftiger Rückgang des Verarbeitenden Gewerbes zugunsten des Dienstleistungssektors. Von 1960 bis 1993 ist dessen Anteil an den Ausrüstungsinvestitionen um ein knappes Drittel gesunken und derjenige der Dienstleistungen entsprechend auf fast 54 Prozent gestiegen. Die bedeutendsten Veränderungen in diesem Sektor fanden aber nicht in den kapitalintensiven Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung statt – wie man vielleicht vermuten würde –, sondern bei den Kreditinstituten und Versicherungen, im Bildungs- und Gesundheitswesen (Versechsfachung) sowie bei den übrigen Diensten (Verdreizehnfachung). Für diesen Anstieg werden oftmals zwei Gründe angeführt. Zum einen eine Kapitalintensivierung der Dienstleistungsproduktion, z.B. durch den verstärkten Einsatz von EDV,²² zum anderen verstärktes Leasing der Investitionsgüter im Verarbeitenden Gewerbe. Letzteres führt dazu, daß entsprechende Investitionen bei den übrigen

¹⁸ Im Gegensatz dazu folgt die Erfassung in den USA z.B. einem Betriebskonzept. Aus dem Unterschied zwischen diesen beiden Konzepten läßt sich ein großer Teil der sogenannten „Dienstleistungslücke“ zwischen den USA und der Bundesrepublik erklären. Vgl. DIW: Keine Dienstleistungslücke in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 14/96, S. 221-226.

¹⁹ Vgl. HOMBURG, C.; GARBE, B.: Industrielle Dienstleistungen: Bestandsaufnahme und Entwicklungsrichtungen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 66 (1996), S. 254-281.

²⁰ WZ 79 in der Fassung für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

²¹ Zur genauen Berechnungsweise des Statistischen Bundesamtes vgl. ENGELMANN, M.; MOHR, D.: Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, 12/1978, S. 755-771.

²² Dies spiegelt sich auch in der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen) wider, die in den meisten Dienstleistungsbereichen (bis auf Gastgewerbe, Bildungs- und Gesundheitswesen) kräftig gestiegen ist und mittlerweile in fast allen Dienstleistungsbereichen bis auf Handel, Gastgewerbe und Gesundheitswesen ebenfalls zum Teil deutlich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes liegt.

Tabelle 1:

Anteile der Wirtschaftsbereiche^a an den Ausrüstungsinvestitionen aller Unternehmen

	1960	1970	1980	1990	1993
Verarbeitendes Gewerbe	45,4	49,6	40,0	38,0	33,0
Dienstleistungen	26,1	30,0	42,4	50,0	53,6
Handel	9,6	7,6	6,9	7,8	10,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	11,9	13,0	11,3	10,9	12,7
Dienstleistungsunternehmen	4,6	9,4	24,2	31,3	30,3
Kreditinstitute und Versicherungen	0,6	1,0	1,6	2,4	3,8
Gastgewerbe und Heime	1,5	1,0	1,0	0,8	1,0
Bildung, Wissenschaft, Kultur	0,5	1,4	3,6	4,0	3,4
Gesundheits-, Veterinärdienste	0,6	1,5	3,9	4,1	3,5
Übrige Dienste	1,4	4,4	14,0	20,0	18,6

^a Summe der Wirtschaftsbereiche kleiner 100, da Land- und Forstwirtschaft, Energie und Bergbau sowie das Baugewerbe nicht mit aufgeführt sind.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:

Wachstumsbeiträge der Sektoren an den Ausrüstungsinvestitionen (Lundberg-Komponenten)

	Durchschnitt			Standardabweichung		
	Insgesamt	1961-1979	1980-1993	Insgesamt	1961-1979	1980-1993
Verarbeitendes Gewerbe	1,14	1,65	0,44	4,26	4,56	3,88
Dienstleistungen	2,07	2,29	1,76	3,38	2,54	4,37
Handel	0,29	0,26	0,33	0,84	0,94	0,73
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	0,42	0,50	0,31	1,06	1,13	0,99
Dienstleistungsunternehmen	1,30	1,53	0,98	2,51	1,72	3,35
Kreditinstitute und Versicherungen	0,13	0,09	0,18	0,20	0,10	0,29
Gastgewerbe und Heime	0,02	0,03	0,01	0,06	0,04	0,07
Bildung, Wissenschaft, Kultur	0,16	0,23	0,07	0,37	0,27	0,46
Gesundheits-, Veterinärdienste	0,17	0,26	0,05	0,39	0,30	0,46
Übrige Dienste	0,82	0,92	0,67	1,76	1,14	2,40
Unternehmen zusammen	3,38	4,43	1,97	7,94	7,74	8,28

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Diensten zugeordneten Leasingfirmen verbucht werden und nicht bei den Nutzern im Verarbeitenden Gewerbe.²³

Die Schwankungsbeiträge der Wirtschaftsbereiche

Neben den „statischen“ Anteilen der Dienstleistungsbereiche interessieren für das konjunkturelle Verhalten der Dienste besonders die „dynamischen“ Anteile, also die Beiträge der Dienstleistungen zu den *Wachstumsraten* der betrachteten Größen. Als Maß für diese Anteile kommen die sogenannten Lundberg-Komponenten²⁴ in Frage, die angeben, welchen absoluten Beitrag die einzelnen Wirtschaftsbereiche zur Wachstumsrate des Gesamttaggregats im jeweils betrachteten Jahr geleistet haben. Von Interesse sind aber nicht nur die absolu-

ten Größen dieser Komponenten, sondern auch ihre Schwankungen, die sich als Standardabweichung der Lundberg-Komponenten darstellen lassen.

Tabelle 2 enthält beide Größen sowohl für den gesamten Zeitraum als auch für die Teilperioden 1961-1979 und 1980-1993. Das Jahr 1980 ist als Trennungsjahr gewählt worden, da in etwa zu dieser Zeit die ersten PCs zum Einsatz kamen, die die von der OECD vermuteten Änderungen der Dienstleistungsproduktion erst ermöglichten.

Zur durchschnittlichen Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen von knapp 3,4 Prozent trägt der Dienstleistungssektor mit fast 2,1 Prozentpunkten knapp das doppelte des Verarbeitenden Gewerbes (gut 1,1 Prozentpunkte) bei. Sowohl der Wachstumsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes als auch die Beiträge der meisten Dienstleistungsbereiche sind nach 1980 niedriger als vorher, die des Verarbeitenden Gewerbes allerdings deutlich stärker als die der meisten Dienste. Dies spiegelt sowohl den Strukturwandel als auch das generell langsamere Wachstum in den achtziger Jahren wider.

²³ Zu diesem Problem vgl. ifo Institut München (Hrsg.): Modellrechnungen zur Höhe des gesamtdeutschen Kapitalstocks und Schätzung des Produktionspotentials (1995).

²⁴ Vgl. TICHY, G.: Konjunktur: Stilisierte Fakten, Theorie, Prognose. 2., neu bearbeitete Auflage. Berlin 1994, S. 73 ff.

Tabelle 3:
Standardfehler der prozentualen Trendabweichung bei Ausrüstungsinvestitionen

	Insgesamt	1961-1979	1980-1993
Verarbeitendes Gewerbe	10,47	9,88	11,57
Dienstleistungen	8,68	8,05	9,79
Handel	10,04	9,67	10,78
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	8,41	9,88	6,04*
Dienstleistungsunternehmen	12,02	11,32	13,35
Kreditinstitute und Versicherungen	8,95	8,55	9,80
Gastgewerbe und Heime	3,59	2,08	5,12**
Bildung, Wissenschaft, Kultur	14,71	15,54	13,99
Gesundheits-, Veterinärdienste	12,83	13,18	12,74
Übrige Dienste	14,78	14,18	16,08
Unternehmen zusammen	8,41	7,99	9,29

Die Standardabweichungen in der zweiten Teilperiode sind mit der Wahrscheinlichkeit 5 vH (*) bzw. 1 vH (**) größer bzw. kleiner als die der ersten Teilperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Für die zweite Hälfte des Zeitraums gehen die stärksten Beiträge der einzelnen Bereiche zu den Schwankungen der Wachstumsrate, hier dargestellt durch die Standardabweichung der Lundberg-Komponenten, von den Dienstleistungen aus, nicht mehr vom Verarbeitenden Gewerbe, wie noch in der Vorperiode. Insgesamt nehmen die Schwankungen der Wachstumsbeiträge über die Zeit leicht zu, obwohl die Wachstumsbeiträge selbst deutlich gesunken sind: für die Unternehmen insgesamt von durchschnittlich 4,4 Prozent im ersten Abschnitt auf knapp 2 in der zweiten Periode. Eine etwaige dämpfende Wirkung des gestiegenen Dienstleistungsanteils kann mithin nicht festgestellt werden.

Schwankungen innerhalb der Sektoren

Zu fragen ist, was die gestiegene Varianz der Wachstumsbeiträge verursacht hat. Dazu sollen als nächstes die Schwankungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche und deren Korrelation miteinander betrachtet werden. Während die absolute Höhe der Lundberg-Komponente von der Wachstumsrate im betrachteten Bereich und von dessen Anteil am Aggregat abhängt, werden die Schwankungen der Komponente zusätzlich von der Varianz innerhalb eines Wirtschaftsbereiches, die Varianz einer Gruppe von Wirtschaftsbereichen darüber hinaus auch von der Korrelation der Schwankungen innerhalb der Gruppe beeinflusst. Steigt beispielsweise die Varianz der Lundberg-Komponente der Ausrüstungsinvestitionen im Dienstleistungssektor, ohne daß sich deren Wachstumsrate oder Anteil an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen verändert hat, kann dies sowohl auf ein stärker schwankendes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Dienstleistungssektor als auch auf eine stärkere Korrelation der Schwankungen innerhalb des Sektors zurückzuführen sein.

Zur Berechnung der Konjunkturabhängigkeit der einzelnen Dienstleistungsbereiche wird für jeden Bereich die Volatilität berechnet und deren Veränderung im Zeitablauf betrachtet. Als Maß für die Volatilität wird hier der Standardfehler der prozentualen Abweichung vom Trend herangezogen. Letzterer ist mit Hilfe eines Hodrick-Prescott Filters bestimmt worden.²⁵ Die prozentuale Abweichung anstelle der absoluten ist gewählt worden, da der Dienstleistungssektor um ein Vielfaches gewachsen ist, eine gleiche prozentuale Abweichung vom Trend daher zu einer größeren absoluten Abweichung führt, was den Vergleich der Varianzen über die Zeit erschweren würde. Die Ergebnisse der Berechnungen finden sich in Tabelle 3.

Diese zeigen, daß zwar der Dienstleistungssektor als Ganzes leicht niedrigere Schwankungen aufweist als das Verarbeitende Gewerbe; innerhalb des Sektors schwanken aber die Ausrüstungsinvestitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei den übrigen Diensten – zum Teil deutlich – stärker als die im Verarbeitenden Gewerbe. Dies deutet darauf hin, daß Teile des Dienstleistungssektors sich erratischer entwickeln als das Verarbeitende Gewerbe und mithin destabilisierend auf die Gesamtwirtschaft wirken. Damit läßt sich auch hier eine generelle Dämpfung der Schwankungen

²⁵ Der Hodrick-Prescott-Filter ähnelt einem zentrierten gleitenden Durchschnitt mit dem Unterschied, daß nicht die Länge der Stützperiode festgelegt wird, sondern der Grad der Glättung, indem abgewogen wird zwischen der Minimierung der Trendabweichungen und der Minimierung der Schwankungen in der Form von quadrierten Differenzen aufeinanderfolgender Trendwerte. Der Gewichtungssparameter λ , der zwischen den beiden Zielen abwägt, ist hier auf 100 gesetzt worden, wie bei Jahreszahlen üblich. Vgl. TICHY, op. cit., S. 23 ff.

Tabelle 4:

Korrelationskoeffizienten der prozentualen Trendabweichung der Ausrüstungsinvestitionen

		Verarb. Gewerbe	Handel	Verkehr	Kredit, Vers.	Gastgewerbe, Heime	Bildung, Wissenschaft	Gesundh. Vet.-DL	Übrige DL
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>		1,00							
<i>Handel</i>	1960-93	0,63	1,00						
	1960-79	0,48	1,00						
	1980-93	0,83	1,00						
<i>Verkehr, Nachrichten</i>	1960-93	0,59	0,35	1,00					
	1960-79	0,64	0,41	1,00					
	1980-93	0,61	0,26	1,00					
<i>Kreditinstitute und Versicherungen</i>	1960-93	0,44	0,22	0,49	1,00				
	1960-79	0,68	0,26	0,56	1,00				
	1980-93	0,19	0,17	0,43	1,00				
<i>Gastgewerbe und Heime</i>	1960-93	0,42	0,37	0,38	0,11	1,00			
	1960-79	0,33	0,59	0,29	0,19	1,00			
	1980-93	0,51	0,28	0,67	0,08	1,00			
<i>Bildung, Wissenschaft, Kultur</i>	1960-93	0,54	0,36	0,02	0,09	0,35	1,00		
	1960-79	0,35	0,17	-0,13	0,17	0,22	1,00		
	1980-93	0,83	0,65	0,47	-0,04	0,50	1,00		
<i>Gesundheits-, Veterinärdienste</i>	1960-93	0,48	0,40	-0,11	0,05	0,33	0,94	1,00	
	1960-79	0,22	0,19	-0,34	0,11	0,15	0,92	1,00	
	1980-93	0,84	0,68	0,44	-0,03	0,49	0,99	1,00	
<i>Übrige Dienste</i>	1960-93	0,65	0,63	0,20	0,13	0,42	0,89	0,90	1,00
	1960-79	0,46	0,57	0,03	0,24	0,28	0,85	0,86	1,00
	1980-93	0,88	0,70	0,57	0,00	0,54	0,97	0,96	1,00
<i>Unternehmen insgesamt</i>	1960-93	0,96	0,76	0,66	0,46	0,46	0,53	0,49	0,72
	1960-79	0,93	0,69	0,71	0,66	0,44	0,29	0,21	0,55
	1980-93	0,98	0,85	0,64	0,24	0,53	0,86	0,88	0,91

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

der Ausrüstungsinvestitionen durch den wachsenden Anteil des Dienstleistungssektor nicht feststellen. Während Handel und Verkehr tendenziell dämpfend wirken, gilt dies für die Dienstleistungsunternehmen nicht. Insgesamt gleichen sich die gegenläufigen Effekte in etwa aus. Für eine Veränderung der sektoralen Schwankungen über die Zeit lassen sich nur sehr wenige statistisch gesicherte Belege finden. Tabelle 3 zeigt, daß recht wenig auf eine Veränderung der Schwankungen hindeutet. Während die Investitionen im Verkehrsbe-
reich in der zweiten Teilperiode regelmäßiger wachsen, nehmen die Schwankungen um den Trend im Gastgewerbe zu. In allen anderen Bereichen läßt sich keine statistisch gesicherte Veränderung der Variabilität feststellen. Die Zunahme der Variabilität der Lundberg-Komponenten des Dienstleistungssektors muß also andere Ursachen haben.

Korrelationen der Trendabweichungen

Eine mögliche Ursache wäre ein verstärkter Gleichlauf der konjunkturellen Schwankungen, der sich in höheren Korrelationskoeffizienten für die Schwankungen der einzelnen Dienstleistungsbereiche untereinander zeigen könnte wie auch in einer verstärkten Korrelation mit den Schwankungen des

Verarbeitenden Gewerbes. Besonders deutlich sollte eine derartige Zunahme bei den Produzentendienstleistungen sein, die sich am ehesten in den Bereichen Verkehr, Kreditwesen sowie bei den übrigen Dienstleistungen finden. Andere Schlüsse müßte man aus einer verstärkten Korrelation verschiedener Dienstleistungsbereiche ziehen, die nicht durch ein Liefergeflecht miteinander verbunden sind, so z.B. das Gastgewerbe auf der einen und das Gesundheitswesen auf der anderen Seite. Hier könnte eine Angleichung der Produktionsbedingungen, beispielsweise durch eine Angleichung des Regulierungsgrades in den Wirtschaftsbereichen, zu einer höheren Korrelation führen.

Tabelle 4 zeigt, daß in fünf von sieben Dienstleistungsbereichen die Korrelation mit dem Verarbeitenden Gewerbe gestiegen ist. Besonders starke Steigerungen finden sich auch in Bereichen wie dem Gesundheitswesen, die zumindest keine unmittelbare Verzahnung mit dem Verarbeitenden Gewerbe aufweisen. Darüber hinaus ist auch eine Zunahme der Korrelationen innerhalb des Dienstleistungssektors, in erster Linie zwischen den übrigen Diensten und anderen Dienstleistungsbereichen, zu beobachten.

Thorsten Wichmann (tw@kulturbox.de)

Dienstleistungen in Ostdeutschland: Weitgehende Angleichung an westdeutsche Strukturen

Der Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen ist seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland deutlich gestiegen. Ein Vergleich mit Westdeutschland zeigt, daß die Beschäftigungsstrukturen weitgehend übereinstimmen. Insbesondere läßt sich die These widerlegen, in Ostdeutschland seien vergleichsweise viele Erwerbstätige in konsumbezogenen Dienstleistungen tätig. Bei den produktionsorientierten Dienstleistungen zeigt sich für Ostdeutschland jedoch ein deutlicher Rückstand.

Dies legt die Vermutung nahe, daß die bisherigen Entwicklungen der privaten Dienstleistungsbranchen Ostdeutschlands nicht so sehr transformationsbedingt sind, sondern vielmehr dauerhafte Strukturen begründen.

Eine Einteilung der Erwerbstätigen anhand ihrer Berufe und zugleich nach der Branche, in der sie beschäftigt sind, läßt gleichwohl eine Reihe von bemerkenswerten Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen. Diese Unterschiede können zumeist auf historische Ursachen oder auf außermarktliche Entscheidungen zurückgeführt werden.

Starkes Wachstum der Dienstleistungen in Ostdeutschland

Seit der Wiedervereinigung gibt es in Ostdeutschland eine deutliche Zunahme der Beschäftigten in den Dienstleistungsbranchen. So stieg die Zahl der Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Handel, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungen, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck von 1,9 Mio. im Jahr 1989 auf 2,3 Mio. im Jahr 1995. Die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg, gemessen in Preisen von 1991, in den Jahren 1991 bis 1995 um jährlich 10,4 vH.²⁶

Diese Entwicklung spiegelt in erster Linie die verbesserte Anpassung der Produktion an die Konsumentenpräferenzen wider. In einigen Branchen können zudem die geringen Kosten für eine Unternehmensgründung sowie niedrige Marktzugangsschranken die Entwicklung erleichtert haben.

Hypothesen zur Entwicklung des ostdeutschen Dienstleistungssektors

In der öffentlichen Diskussion stehen sich zwei Sichtweisen gegenüber: Zum einen wird die Hoffnung geäußert, der ostdeutsche Arbeitsmarkt könnte in den nächsten Jahren durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor deutlich entlastet werden.

Zum anderen nimmt die Skepsis zu, ob überhaupt der gegenwärtige Anteil der Dienstleistungen langfristig Bestand haben kann, da es bei einer Rückführung der Transferleistungen zu unausgelasteten Kapazitäten und damit zu Entlassungen, insbesondere in den Dienstleistungszweigen mit regionalen Absatzmärkten kommen könnte.²⁷

Bei einheitlichen Konsumentenpräferenzen in Ost- und Westdeutschland wird sich, bei Angleichung des Einkommensniveaus, auch die Nachfragestruktur angleichen. Derzeit unterscheidet sich die ostdeutsche Nachfragestruktur von derjenigen Westdeutschlands hinsichtlich einer Reihe von dauerhaften Gütern, bei denen ein Nachholbedarf besteht (Gebrauchsgüter, Wohnungsbau, Wohnungsmodernisierung).²⁸ Die langfristige Deckung dieses Nachholbedarfs wird zu Rückbildungen speziell im Baugewerbe führen.

Dienstleistungen sind hingegen wenig dauerhaft, d.h. die Bedürfnisse der Konsumenten können nicht auf lange Sicht im voraus befriedigt werden. Mit einem gravierenden Rückgang der Nachfrage ist deshalb nicht zu rechnen.

Zudem geht die Drei-Sektoren-Hypothese von einer zunehmenden Tertiärisierung aus. Als Ursachen für eine steigende Bedeutung der Dienstleistungsbeschäftigung werden Produktivitätsgewinne im Produzierenden Gewerbe sowie eine überdurchschnittliche Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen angeführt. Unter diesen Umständen läßt sich keine Rückbildung des Dienstleistungssektors erwarten.

Fragwürdig wären die entstandenen Beschäftigungsstrukturen nur, wenn durch sie das Produktivitätsniveau in der ostdeutschen Wirtschaft langfristig gedrückt würde. Denkbar ist in diesem Zusammenhang, daß spezifische industrielle Fertigkeiten durch eine Beschäftigung in einem einfachen Dienstleistungsberuf verlorengehen,²⁹ oder daß qua-

²⁷ Zur theoretischen Grundlage siehe z.B. NAUJOK, P.: Strukturwandel nach der Handelbarkeit von Gütern: Der Fall der Ostdeutschen Industrie, in: IfW, Kieler Arbeitspapier Nr. 584 (1993).

²⁸ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 15, Reihe 1 (1996).

²⁹ Dieser Effekt ist demnach vergleichbar mit einem Verlust von Humankapital durch Unterbeschäftigung. Letzteres hat unter dem Stichwort „Hysteresis der Arbeitsmärkte“ in die Literatur Eingang gefunden.

Tabelle 1:

Klassifizierung der Dienstleistungen nach einer Systematik der Bundesanstalt für Arbeit

Klassifizierung	Dienstleistungen
Produktionsorientierte	Kredit, Versicherungen, Wäscherei, Reinigung, Rechtsberatung u.ä., Architektur-, Ingenieurbüros, Grundstücks-, Wohnungswesen, Werbung und Ausstellung, Vermietung, Leihhäuser, sonstige Dienstleistungen, Organisationen des Wirtschaftslebens
Distributive	Groß-, Einzel- und Versandhandel, Eisenbahnen, Telekommunikation, Straßenverkehr, Schifffahrt, Spedition, Lagerhaltung, Luftfahrt, Reisen
Konsumbezogene	Gaststätten, Hotel, Friseure, Körperpflege, Kunst, Theater, Film, Medien, Verlags-, Pressewesen, Fotografie, private Haushalte
Soziale	Kinder-, Altenheime, u.ä., Heime, Schulen, Hochschulen, sonstige Bildung, Sport, Gesundheit, Veterinärwesen, hygienische Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Parteien, Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen
Staatliche	Öffentliche Verwaltung, Sicherheit, Ordnung, Verteidigung, Sozialversicherungen, Botschaften, u.ä.

Quelle: Dienstleistungsklassen nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit.

lifizierte Unternehmer sich, aufgrund der niedrigen Marktzutrittsschranken, auf die Produktion von Dienstleistungen konzentrierten und nun für das auf längere Sicht möglicherweise produktivere Produzierende Gewerbe nicht mehr zur Verfügung stehen.

Deutliche Unterschiede in den Beschäftigungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland können die Frage beantworten helfen, welche der beiden eingangs aufgestellten Thesen die langfristige Entwicklung der Beschäftigung im ostdeutschen Dienstleistungssektor zutreffender beschreibt.

Keine kritischen Entwicklungen in der Struktur der Dienstleistungsbeschäftigten

Die einzelnen Dienstleistungszweige lassen sich auf verschiedene Arten zusammenfassen und abgrenzen, etwa in gebundene und ungebundene Dienste oder in produktions- und haushaltsnahe Dienste. Die Bundesanstalt für Arbeit schlägt eine Einteilung in fünf Klassen vor (vgl. Tabelle 1).

Ein Vergleich der ost- und westdeutschen Produktionsstruktur an Hand von Tabelle 2 zeigt, daß die Beschäftigungsanteile der produktionsorientierten, distributiven und konsumbezogenen Dienstleistungen in Ostdeutschland unter denen Westdeutschlands liegen. Auch eine Umrechnung in Erwerbstätige je 10.000 Einwohner zeigt, daß der Besatz in Ostdeutschland niedriger ist. Beispielsweise sind in Westdeutschland 770 Erwerbstätige je 10.000 Einwohner in Branchen tätig, die konsumbezogene Dienstleistungen produzieren. In Ostdeutschland sind es nur 691 Erwerbstätige.³⁰ Noch deutlicher fällt der ostdeutsche Rückstand bei den produktionsbezogenen Dienstleistungen aus.

³⁰ Zu beachten ist, daß im Mikrozensus regionale Abgrenzungen an Hand des Erstwohnsitzes und nicht nach dem Ort der Beschäftigung vorgenommen werden.

Tabelle 2:

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen an Hand ihrer Betriebszugehörigkeit, 1995

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH
Agrarsektor	262	3,7	900	3,0
Produzierendes Gewerbe	2.400	34,0	9.904	32,6
Dienstleistungen	4.398	62,3	19.620	64,4
Produktionsorientierte	931	13,2	4.740	15,6
Distributive	5.98	8,5	2.774	9,1
Konsumbezogene	1.071	15,2	5.096	16,7
Soziale	1.056	15,0	4.354	14,3
Staatliche	742	10,5	2.656	8,7
Insgesamt	7.060	100,0	30.424	100,0

Quelle: Mikrozensus 1995, Berechnungen des IWH.

Dies widerspricht in gewisser Weise der These, in Ostdeutschland seien überproportional viele Arbeitsplätze in Dienstleistungsbranchen entstanden.

Hingegen gibt es in Ostdeutschland anteilmäßig mehr Beschäftigte in den sozialen und staatlichen Dienstleistungszweigen. Es ist zu erwarten, daß durch außermärkliche Entscheidungen (z.B. in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung und öffentliche Verwaltung) das Beschäftigungsniveau weiter dem westdeutschen angeglichen wird. Hier stehen die ostdeutschen Länder und Kommunen unter einem politischen Anpassungsdruck.

Relativ wenige Erwerbstätige in den Berufsfeldern: FuE, Organisation und Management

Die Analyse der Erwerbstätigenstruktur anhand einer Klassifikation der Betriebe verdeckt jedoch möglicherweise den tatsächlichen Tertiärisierungsgrad einer Volkswirtschaft. Daher ist es sinnvoll, eine Einteilung der Beschäftigten nach den tatsächlich ausgeübten Berufen vorzunehmen (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:
Klassifizierung der Dienstleistungsberufe

Klassifizierung	Dienstleistungsberufe
FuE, Organisation, Verwaltung	Innenarchitekten, Geistes- und Naturwissenschaftler, Reinigungsberufe, Pförtner, Wächter, Bankfachleute, Versicherungsfachleute, Vermieter, Makler, Werbefachleute, Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater, Kaufleute, EDV-Berufe, Bürosachbearbeiter, Sekretäre, Schreibkräfte
Vertrieb, Verkauf	Fernmeldetechniker, Schaffner, Schienenfahrzeugführer, Kraftfahrzeugführer, Fachverkäufer, Großhandelskaufleute, Speditionsfachleute, Vertreter, Warenprüfer, Versandarbeiter, Lagerarbeiter
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	Köche, Publizisten, Bibliothekare, Dolmetscher, Künstler, Friseure, Körperpfleger, Gaststättenkaufleute, Hoteliers, Kellner, Hauswirtschaftsberufe, Hausmeister
Soziale Berufe	Zahntechniker, Augenoptiker, Ärzte, Apotheker, Krankenpfleger, Sprechstundenhilfen, Heilpraktiker, Erzieher, Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen, Hochschullehrer, Lehrer, Seelsorger
Innere und äußere Sicherheit, staatliche Leitung	Polizei, Bundesgrenzschutz, Soldaten, Rechtsfinder, Vollzugsbeamte, Anwälte, Verwaltungsfachleute des gehobenen und höheren Dienstes

Quelle: IWH-Klassifizierung.

Eine Gegenüberstellung der Anteile von Ost- und Westdeutschland macht deutlich, daß es in den Bereichen Agrarberufe; Vertrieb, Verkauf; Medien; Gastgewerbe, Körperpflege; innere und äußere Sicherheit, Verwaltung keine signifikanten Unterschiede gibt (vgl. Tabelle 4).

Es zeigt sich jedoch eine Lücke in Ostdeutschland bei den Erwerbstätigen, die in Berufen mit Schwerpunkt FuE, Organisation und Verwaltung arbeiten. Hier liegt der Anteil in Ostdeutschland bei 24,5 vH und in Westdeutschland bei 29,2 vH.

Gründe hierfür können sein, daß viele Berufsfelder (Unternehmensberater, Steuerberater, Makler, EDV-Fachleute) zu DDR-Zeiten gar nicht oder kaum besetzt waren. Auch sind die Unternehmen

in Ostdeutschland im Durchschnitt kleiner.³¹ Möglicherweise ist daher auch der Bedarf nach Verwaltungstechnischem Personal geringer, da Verwaltungstechnische Aufgaben vom Firmeninhaber oder anderen Mitarbeitern neben ihrer eigentlichen Aufgabe miterledigt werden. Zudem befinden sich die Verwaltungssitze großer Unternehmen in der Regel in Westdeutschland.

Verteilung der Berufe auf einzelne Branchen

Es soll nun untersucht werden, wie sich die Erwerbstätigen der einzelnen Berufsklassen auf die Branchen verteilen. Tabelle 5 stellt die Erwerbstätigen sowohl nach ihrem Beruf als auch nach der Zugehörigkeit ihres Betriebes dar. Dabei zeigen sich Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland.

Generell haben öffentliche Arbeitgeber in Ostdeutschland einen höheren Anteil an der Beschäftigung, während die Beschäftigungsanteile der Produzenten von produktionsorientierten Dienstleistungen durchweg niedriger ausfallen.

Die in der Tabelle ersichtlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland haben jedoch zumeist singuläre Erklärungsgründe, d.h. in der Regel lassen sich die Unterschiede durch ganz bestimmte Berufsgruppen erklären. Generelle Erklärungsmuster für die Strukturunterschiede lassen sich nicht identifizieren.

FuE, Organisation und Verwaltung: Deutliche Unterschiede zeigen sich bei den Erwerbstätigen in den Bereichen FuE, Organisation und Verwaltung. Hier fällt der staatliche Anteil mit 18,7 vH in Ostdeutschland merklich höher aus als in Westdeutsch-

Tabelle 4:
Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen an Hand ihres Berufes, 1995

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH
Agrarberufe	222	3,3	915	3,1
Technik, Verarbeitung	2.378	35,0	9.071	31,0
Dienstleistungsberufe	4.198	61,7	19.244	65,9
FuE, Organisation, Verwaltung	1.663	24,5	8.526	29,2
Vertrieb, Verkauf	1.070	15,7	4.569	15,6
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	398	5,9	1.678	5,7
Soziale Tätigkeiten	821	12,1	3.395	11,6
Innere und äußere Sicherheit, staatl. Leitung	246	3,6	1.076	3,7
Insgesamt ^a	6.798	100,0	29.230	100,0

^a Unterschiede zur Tabelle 2 in den Gesamtzahlen sind dadurch bedingt, daß im Mikrozensus Wert nicht ausgewiesen werden, die für Gesamtdeutschland unter 3.000 liegen.

Quelle: Mikrozensus 1995, Berechnungen des IWH.

³¹ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Vierzehnter Bericht, in: IWH, Forschungsreihe 7/1996, S.80.

Tabelle 5:

Verteilung der Berufsfelder auf die einzelnen Branchen in Ostdeutschland und Westdeutschland

Beruf	Branche							Insgesamt
	Agrar- sektor	Produ- zierendes Gewerbe	Dienstleistungen					
			Pro- duktions- orientierte	Distri- butive	Konsum- bezogene	Soziale	Staatliche	
Ostdeutschland								
Agrarberufe	79,8	0,0	0,0	0,0	5,7	1,0	13,5	100,0
Technik, Verarbeitung	1,4	75,4	4,2	3,8	8,1	3,3	3,7	100,0
FuE, Organisation, Verwaltung	0,6	21,1	35,3	7,0	10,6	6,7	18,7	100,0
Vertrieb, Verkauf	2,0	15,0	1,6	31,9	46,9	0,5	2,1	100,0
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	0,5	0,8	18,7	0,0	55,0	16,5	8,4	100,0
Soziale Tätigkeiten	0,0	0,0	0,4	0,0	1,3	91,7	6,7	100,0
Innere und äußere Sicher- heit, staatliche Leitung	0,0	0,0	7,8	0,4	0,0	2,6	89,2	100,0
Westdeutschland								
Agrarberufe	90,6	0,0	0,0	0,0	4,0	0,6	4,9	100,0
Technik, Verarbeitung	0,4	73,4	4,6	4,1	11,7	2,8	2,9	100,0
FuE, Organisation, Verwaltung	0,2	21,2	36,4	8,9	12,5	7,1	13,7	100,0
Vertrieb, Verkauf	0,1	19,7	1,8	30,7	45,1	0,5	2,0	100,0
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	0,3	0,4	21,7	0,7	57,6	15,0	4,3	100,0
Soziale Tätigkeiten	0,0	0,0	0,4	0,0	2,8	92,6	4,3	100,0
Innere und äußere Sicher- heit, staatliche Leitung	0,0	0,0	9,4	2,4	0,0	3,1	85,2	100,0

Quelle: Mikrozensus 1995, Berechnungen des IWH.

land, wo der entsprechende Wert bei 13,7 vH lag. Dies ist hauptsächlich auf eine unterschiedliche Verteilung der in Verwaltungsberufen Erwerbstätigen auf die einzelnen Branchen zurückzuführen. Allein in Verwaltungsberufen³² arbeiteten 1995 in Westdeutschland 75 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner, in Ostdeutschland waren es 59 Erwerbstätige. Von diesen 75 (59) Erwerbstätigen arbeiteten 14,5 (16) für staatliche Arbeitgeber. Daraus folgt, daß ein Teil des eingangs erwähnten hohen staatlichen Anteils in Ostdeutschland auf einen geringen Besatz der Verwaltungsberufe in der privaten Wirtschaft zurückzuführen ist. Als mögliche Ursachen können hier wieder das Fehlen von Verwaltungssitzen großer Unternehmen genannt werden. Selbst wenn die Personalkosten in Ostdeutschland mittelfristig niedriger bleiben, ist aufgrund der Umzugs-

kosten nicht damit zu rechnen, daß bereits bestehende Zentralen nach Ostdeutschland verlegt werden. Auch kann die geringe Unternehmensgröße, möglicherweise aber auch das niedrige Unternehmensalter, in Ostdeutschland eine Rolle spielen. Erst wenn sich herausstellt, daß sich spezifische Arbeits- bzw. Verwaltungsabläufe laufend wiederholen, wird für diese Arbeitsabläufe zusätzliches Personal eingestellt. Ein junges Unternehmen mag eine Weile benötigen, um seinen Bedarf richtig einzuschätzen.

Vertrieb, Verkauf: Ganz ähnlich wie bei den Verwaltungsfachkräften ist die Situation bei den Berufen in Vertrieb und Verkauf. Hier liegt der Anteil des Produzierenden Gewerbes in Westdeutschland bei 19,7 vH, in Ostdeutschland nur bei 15 vH. Dies begründet sich durch einen relativ niedrigen Besatz der Berufe Warenprüfer, Versandarbeiter, sowie Lager- und Transportarbeiter.

Medien, Gastgewerbe, Körperpflege: In der recht heterogenen Gruppe von Berufen im Bereich Medien, Gastgewerbe, Körperpflege ist der Anteil

³² Unternehmer, Organisatoren, Unternehmensberater DV-Organisatoren, DV-Berater und sonstige DV-Fachleute, Industriekaufleute, Bürosachbearbeiter, Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst), Bürofachkräfte, kaufm. Angestellte, Sekretäre, Schreibkräfte, Datentypisten, Bürohilfskräfte.

der im sozialen bzw. staatlichen Sektor Erwerbstätigen in Ostdeutschland ebenfalls deutlich höher. Dies gilt insbesondere für Berufe wie Köche, Publizisten, Bibliothekare oder Hausmeister. Dies deutet an, daß die Privatisierung von staatlichen Aufgaben (Kantinen, Gebäudeverwaltung) in Ostdeutschland noch nicht so weit fortgeschritten ist wie im Westen.

Soziale und staatliche Berufe: Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bei den sozialen und staatlichen Berufen sind hauptsächlich auf drei Ursachen zurückzuführen: Der Besatz in den Berufen Apotheker und Augenoptiker ist in Westdeutschland deutlich höher. In Westdeutschland arbeiten z.B. sechs Apotheker je 10.000 Einwohner, während in Ostdeutschland drei tätig sind. Daher ist der Anteil der konsumbezogenen Dienstleistungen an den sozialen Berufen in Westdeutschland höher. Auch arbeiten in Westdeutschland mehr selbständige Anwälte und zwar 55.000. Hingegen sind in Ostdeutschland nur 6.000 tätig. Da der Beruf Anwalt hier zu dem Berufsfeld innere Sicherheit gezählt wird, selbständige Anwälte jedoch zur Branche der produktionsorientierten Dienstleistungen, ist der entsprechende Anteil mit 9,4 vH in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland, wo er bei 7,8 vH liegt.³³ Andererseits gibt es in Ostdeutschland beinahe doppelt so viele Kindergärtnerinnen. Je 10.000 Einwohner arbeiten in Ostdeutschland 86 Kindergärtnerinnen, in Westdeutschland sind es 46. Unterschiedlich ist dabei auch die Aufteilung auf die Träger der Kindergärten. Die kommunalen Kindergärten zählen zu den staatlichen Dienstleistungen. Da ihr Anteil an den beschäftigten Kindergärtnerinnen in Ostdeutschland höher ist, steigt rein statistisch wiederum der Anteil der staatlichen Dienstleistungen. Es sei dahingestellt, ob es in Ostdeutschland eher „zu wenige“ Apotheken gibt oder ob nicht in Westdeutschland durch das sich einer marktlichen Kontrolle entziehende Gesundheitswesen „zu viele“ entstanden sind. Die Diskussion um den Mangel an Kindergärten in Westdeutschland zeigt auch in diesem Fall Ambivalenzen.

³³ Zu vermuten ist, daß hier die regionale Abgrenzung nach dem Erstwohnsitz verzerrend wirkt, daß also überdurchschnittlich viele Anwälte zwischen ihrem Wohnort in Westdeutschland und ihrer Kanzlei in Ostdeutschland pendeln.

Bewertung

Die aufgezeigten Differenzen unmittelbar als ungenutzte Beschäftigungspotentiale, bzw. Beschäftigungsüberhänge zu betrachten greift sicherlich in den meisten Fällen zu kurz.³⁴ Gezeigt werden konnte jedoch, daß in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland nicht übermäßig viele Erwerbstätige in Dienstleistungsberufen beschäftigt sind. Wenn die Transfers also nur in dem Maße zurückgeführt werden, wie die ostdeutschen Einkommen steigen, dann ist – bei Gültigkeit der Drei-Sektoren-Hypothese – zu erwarten, daß es nicht zu größeren Beschäftigungseinbrüchen in den Dienstleistungszweigen kommt.

Es spricht grundsätzlich nichts gegen eine öffentliche Förderung, von der auch Dienstleistungsunternehmen profitieren. Wegen ihres allokatonsneutralen Charakters ist dabei Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zielen, der Vorzug zu geben. Insbesondere wäre es für die Dienstleistungsunternehmen hilfreich, wenn die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben reduziert wird, da die Produktion von Dienstleistungen überdurchschnittlich arbeitsintensiv ist.

Denkbar ist, daß das auf Investitionen zielende Förderinstrumentarium die Anbieter von Dienstleistungen benachteiligt. Während die Firmen des produzierenden Gewerbes für die Standortnachteile, wie mangelhafte Infrastruktur oder hohe Lohnstückkosten, durch Investitionsbeihilfen kompensiert werden, haben Dienstleistungsunternehmen nur begrenzten Zugang zu dieser Finanzierungsquelle. Ihr tatsächlicher Investitionsgüterbedarf ist niedrig, zur Produktion nötig sind vielmehr die Faktoren Humankapital und Arbeit. Vor allem die Finanzierung der Gründungsphase, in der den anfallenden Kosten noch keine adäquaten Erlöse gegenüberstehen, mag Probleme bereiten. Dies spricht dafür, die Gesamtheit der beschäftigten Faktoren, also Kapital, Humankapital und Arbeit bei der Gewährung von Fördermitteln, etwa im Rahmen von Existenzgründungsprogrammen oder von Eigenkapitalhilfen,³⁵ zu beachten.

Gerald Müller
(gmr@iwh.uni-halle.de)

³⁴ Siehe z.B. iw: Spuren der Staats-Bürokratie, iwd, 20/1996.

³⁵ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Fünfte zehnter Bericht, in: IWH, Forschungsreihe 2/1997.

Entwicklung und Folgen der Arbeitsmarktflexibilität in Großbritannien

Großbritannien gilt als das Land mit dem am stärksten deregulierten Arbeitsmarkt in Europa. In den vergangenen Jahren wurde durch unterschiedliche institutionelle Maßnahmen – vor allem in den Bereichen der Lohnersatzleistungen, der arbeitsmarktrechtlichen Regelungen sowie des Lohnbildungsprozesses – ein hoher Flexibilitätsgrad erreicht.

Hinsichtlich der Verbreitung unterschiedlicher Beschäftigungsformen entwickelte sich der Trend eindeutig zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen. Dabei läßt die Beschäftigungsveränderung nach Wirtschaftssektoren und Berufsgruppen nicht den Schluß zu, daß es sich lediglich um niedrigqualifizierte und schlecht bezahlte Jobs handelt. Insgesamt ist der Anteil der niedrig entlohnenden Arbeitsplätze in Großbritannien mit knapp 20 vH jedoch relativ hoch.

Die seit 1993 anhaltende Aufwärtsentwicklung auf dem britischen Arbeitsmarkt geht in erster Linie auf den konjunkturellen Aufschwung zurück. Die Flexibilisierungsmaßnahmen haben allerdings dazu beigetragen, daß die Anpassungsgeschwindigkeit von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit an die konjunkturelle Entwicklung zugenommen hat.

Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit waren die Erfolge trotz anhaltender Lohnspreizung, arbeitsmarktrechtlicher Deregulierung und einer geringen Lohnersatzquote dagegen gering. Mit einem Anteil von 43 vH Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, steht Großbritannien vor ähnlichen Problemen wie die meisten anderen europäischen Staaten.

Förderung der institutionellen Arbeitsmarktflexibilität in Großbritannien

Angesichts der massiven Arbeitsmarktprobleme in den meisten europäischen Industriestaaten ist die Diskussion um die Flexibilisierung der Beschäftigungssysteme mehr und mehr in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Flexibilität der Arbeitsverhältnisse wird dabei als notwendige Voraussetzung einer verbesserten Anpassungsfähigkeit der Volkswirtschaft an veränderte internationale Wettbewerbsverhältnisse angesehen. Arbeitsmarktflexibilisierungen umfassen ein breites Spektrum verschiedener institutioneller Elemente, die sich auf die Beschäftigungsverhältnisse auswirken, wie z.B. sozial- und arbeitsrechtliche Regelungen, die Ausgestaltung des Entlohnungssystems sowie innerbetriebliche Organisationsstrukturen. Arbeitsmarktflexibilität läßt sich

im wesentlichen in die beiden Bereiche Lohnflexibilität und Arbeitszeitflexibilität unterteilen.

Großbritannien gilt als das Land mit dem am stärksten deregulierten Arbeitsmarkt in Europa. Die konservative Regierung unternahm bereits seit den 80er Jahren erhebliche Anstrengungen, um die Flexibilität des Arbeitsmarktes zu erweitern. Zu den wichtigsten institutionellen Flexibilisierungsmaßnahmen in Großbritannien zählen

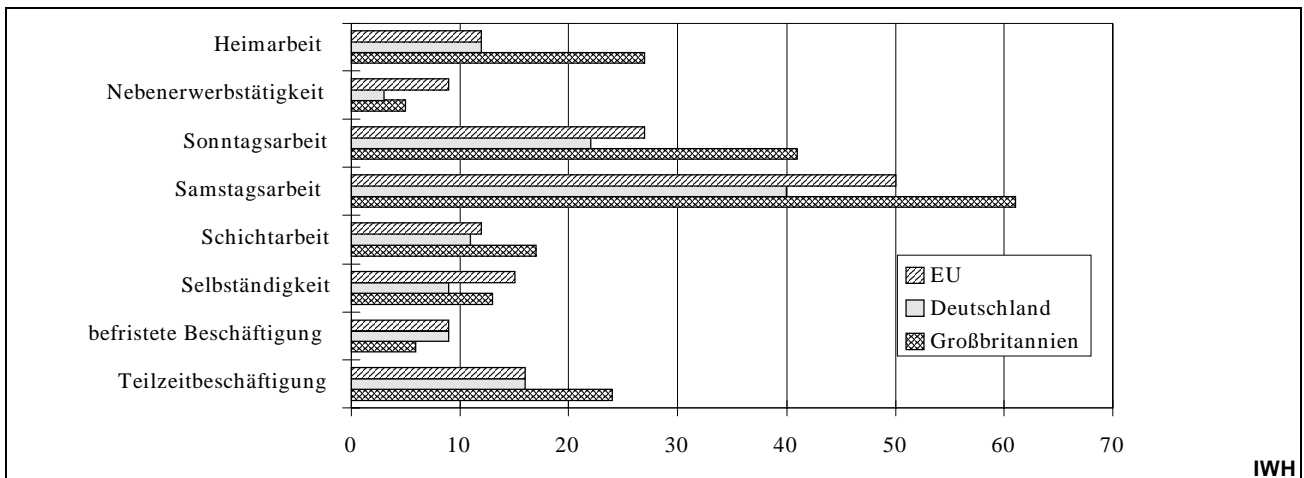
- die starke Begrenzung der Machtposition der Gewerkschaften,
- die Abschaffung der in einigen Wirtschaftssektoren aktiven Kommissionen zur Aushandlung von Mindestlöhnen („Wages Councils“),
- die Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 12 auf 6 Monate sowie
- die Differenzierung arbeitsrechtlicher Regelungen zur Förderung flexibler Beschäftigungsverhältnisse.

Steigende Flexibilität der Beschäftigungsverhältnisse

Das Beschäftigungswachstum der vergangenen Jahre hat sich stark zugunsten flexibler Arbeitsplätze entwickelt. Zwischen 1993 und 1996 waren nur 2 von 10 der neugeschaffenen Arbeitsplätzen der Kategorie „permanente Vollzeitbeschäftigung“ zuzuordnen. Der Trend entwickelte sich eindeutig zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen: Mit 445.000 neuen Teilzeitstellen ergab sich ein Wachstum um 8,7 vH. Insgesamt liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten bei 24 vH und erreicht damit einen der höchsten Werte in Europa. Gemessen an der Art der Erwerbsbeteiligung ist der Flexibilitätsgrad des britischen Arbeitsmarktes auch in anderen Bereichen höher als in Deutschland oder der EU (vgl. Abbildung 1).

Die Zunahme flexibler Beschäftigungsverhältnisse in Großbritannien ist unter dem Blickwinkel geringerer sozial- und arbeitsrechtlichen Regulierungen zu sehen: Bis 1995 war der Anspruch auf Kündigungsschutz (unfair dismissal) und Abfindungszahlungen (redundancy payment) nach der wöchentlichen Arbeitszeit differenziert. Während Vollzeitbeschäftigte diese Regelungen nach 2 Jahren kontinuierlicher Beschäftigung in Anspruch nehmen konnten, galt dies für Beschäftigte mit einer Wochenarbeitszeit zwischen 8 und 16 Stunden erst nach 5 Beschäftigungsjahren. Bei einer Erwerbstätigkeit mit weniger als 8 Arbeitsstunden pro Woche entfiel dieser Schutz gänzlich. Erst seit 1995 ist der arbeitsrechtliche Schutz aller Be-

Abbildung 1:
Arbeitszeitflexibilität (1995)
- in vH der Erwerbstätigen -



^a Bei Schicht-, Samstags-, Sonntags- und Heimarbeit wurde nach regelmäßiger oder gelegentlicher Ausübung gefragt.
Quelle: Eurostat: Labour Force Survey, 1995, Berechnungen des IWH.

schäftigten formal dem der Vollzeitbeschäftigten gleichgestellt.³⁶

In der Praxis werden jedoch sowohl die Interessen der Unternehmen als auch die Bedürfnisse der Arbeitnehmer berücksichtigt. Von einer rein unfreiwilligen Akzeptanz seitens der Beschäftigten ist zumindest bei Teilzeitarbeit nicht auszugehen. Für den überwiegenden Teil der Teilzeitbeschäftigten ist dies die favorisierte Form der Erwerbstätigkeit; lediglich 13 vH der Teilzeitbeschäftigten würde gerne Vollzeit arbeiten.³⁷

Good or bad? – Neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich

Die meisten der neugeschaffenen Arbeitsplätze sind im Dienstleistungsbereich entstanden. Dort nahm die Beschäftigung allein um 1,2 Millionen zu. Insgesamt arbeiten im Dienstleistungssektor 70 vH aller Erwerbstätigen (Deutschland: 61 vH). Im Rahmen des allgemeinen Strukturwandels ist in den Sektoren „Landwirtschaft“, „Energie und Wasser“ sowie „Verarbeitendes Gewerbe“ die Anzahl der Erwerbstätigen zurückgegangen (vgl. Tabelle 1).

Das relativ starke Wachstum der Beschäftigtenzahl im Bank-, Finanz- und Versicherungsgewerbe deutet darauf hin, daß es sich bei den neuen (flexiblen) Beschäftigungsverhältnissen nicht ausschließlich um sogenannte „bad-jobs“ handelt. In-

Tabelle 1:
Beschäftigungsveränderungen nach Wirtschaftssektoren (1993 bis 1996, jeweils II. Quartal)
- in vH -

Beschäftigung insgesamt	3,1
Landwirtschaft und Fischerei	-4,9
Energie- und Wasserwirtschaft	-31,7
Verarbeitendes Gewerbe	-6,9
Baugewerbe	6,4
Dienstleistungen insgesamt	7,1
davon:	
– Hotels, Restaurants	4,8
– Transport	-1,6
– Bank-, Finanz- und Versicherungsgewerbe	13,2
– Öffentliche Bildungseinrichtungen und Krankendienstleistungen	6,4
– Sonstige Dienstleistungen	15,7

Quelle: Labor Force Survey; Employment Audit 2/96, S. 6.

wieweit der Zuwachs in anderen Dienstleistungsbereichen sowie dem Baugewerbe mit einer Zunahme von „guten“ und „schlechten“ Jobs einhergeht, ist unsicher. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich neben dem Anstieg des Anteils höher qualifizierter Berufsgruppen auch ein Wachstum gering entlohnter und niedrig qualifizierter Beschäftigung ergeben hat. Eine gewisse Polarisierung der Entwicklung läßt sich möglicherweise auch aus der anhaltenden Lohndifferenzierung ablesen.

Wachsende Lohnspreizung

Großbritannien gehört neben den USA zu den wenigen OECD-Ländern, in denen eine steigende

³⁶ Vgl. MARULLO, S.: Comparison of Regulations on Part-time and Temporary Employment in Europe, Employment Department Research Series No. 52. Sheffield, 1995, S. 30-32.

³⁷ Vgl. Eurostat: Labour Force Survey 1995, Berechnungen des IWH.

Lohnspreizung zu beobachten ist.³⁸ Hier machen sich die gesetzlichen Deregulierungsmaßnahmen im Bereich des Lohnfindungsprozesses bemerkbar. Die Anzahl der Beschäftigten, für die kollektive Lohnvereinbarungen gelten, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen.³⁹ Die Lohnfestsetzung findet nun vorwiegend auf der Betriebsebene statt und ist in größerem Ausmaß von der individuellen Leistung und den regionalen Arbeitsmarktbedingungen abhängig.

Die Lohnflexibilität nach unten wird besonders gefördert: In der Vergangenheit waren sogenannte „Wages Councils“ für die Festlegung von Mindestlöhnen in einigen Sektoren (u.a. Einzelhandel, Hotels und Gaststätten, Bekleidungsindustrie) verantwortlich. Anfang der 90er Jahre betrafen die Mindestlohnregelungen noch etwa 2,5 Millionen Beschäftigte. Im August 1992 wurden die „Wages Councils“ von der Regierung abgeschafft. Seitdem ist Großbritannien das einzige Land der europäischen Gemeinschaft, in dem es weder gesetzliche noch tarifliche Vereinbarungen zum Mindestlohn gibt.⁴⁰

Trotz einer konsequenten Lohnspreizung ist es in Großbritannien – im Gegensatz zur USA – nicht zu einer Verringerung des Reallohnlevels gekommen. Im Gegenteil: Sowohl in den unteren als auch in den oberen Einkommensgruppen ist der Reallohn gestiegen, wenngleich die Steigerungsrate für Bezieher niedrigerer Einkommen deutlich geringer ausgefallen ist.⁴¹

Hoher Anteil von Niedrigeinkommen

Bei einer relativ hohen Einkommensspreizung stellt sich die Frage, inwieweit flexible Löhne zu einer zunehmenden Verbreitung von niedrig entlohnerten Arbeitsverhältnissen (working poor) führen. Definiert man Beschäftigungsverhältnisse mit niedrigem Einkommen als solche, deren Verdienst geringer als 2/3 des durchschnittlichen Verdienstes eines Vollzeitbeschäftigten⁴² ist, sind in Großbri-

tannien 19,6 vH, in Westdeutschland 13,3 vH der Beschäftigten als Niedrigverdiener einzustufen. Im Rahmen eines OECD-Vergleichs weist Großbritannien nach den USA (25 vH) und Kanada (23,7 vH) den dritthöchsten Wert auf.

Der hohe Anteil gering entlohnter Beschäftigung hat in Großbritannien zur Diskussion einer politischen Gegensteuerung in Form steuerlicher Erleichterungen für Niedrigverdiener oder der Einführung eines Mindestlohnes geführt.⁴³ Untersuchungen zu den Auswirkungen von gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen haben ergeben, daß in Großbritannien immerhin 23,3 vH der Beschäftigten weniger als das anvisierte Mindestlohnlevel (etwa £ 4 pro Stunde) verdienen, wobei der Anteil der Frauen in niedrig entlohnter Beschäftigung deutlich höher ist als der der Männer.⁴⁴ Fast die Hälfte aller teilzeitbeschäftigten Frauen hat einen Stundenverdienst, der unter £ 4 liegt.

Obwohl die Reallöhne insgesamt gestiegen sind, scheint die Verdienstsituation für Beschäftigte in flexibler (Teilzeit-) Beschäftigung – insbesondere für Frauen – eher schlecht zu sein.

Selbstverständlich lassen diese geringen Einkommen nicht immer auf ein ebenfalls geringes Haushaltseinkommen schließen. In einigen Fällen handelt es sich um ein Zuverdienst („pin-money“), dessen relative Bedeutung für das Haushaltseinkommen nur gering ist. Dies ist jedoch nicht die Regel. Empirische Ergebnisse belegen vielmehr, daß Haushalte, in denen Geringverdiener leben, eher in den unteren Haushaltseinkommensdezilen anzutreffen sind. 1992 gehörten über 50 vH derjenigen, die weniger als £ 4 pro Stunde verdienen zu den Haushalten aus dem unteren Drittel der Haushaltseinkommensverteilung.⁴⁵

Wie stabil sind die Beschäftigungsverhältnisse?

Der Flexibilisierungsprozeß in Großbritannien hat dazu beigetragen, daß sich die allgemeinen Befürchtungen vor einem Anstieg unsicherer Arbeitsplätze vermehrt haben:⁴⁶ Umfragen zufolge glauben 40 vH der Beschäftigten, daß ihre Arbeitsplätze nicht sicher sind und mehr als 60 vH der Beschäf-

³⁸ Vgl. OECD: Employment Outlook. Paris, 1996, S. 62.

³⁹ Vgl. BEATSON, M.: Progress towards a flexible labour market, in: Employment Gazette, 2/1995, S. 55-66.

⁴⁰ Vgl. MACHIN, S.; MANNING, A.: Employment and the Introduction of a Minimum Wage in Britain, in: The Economic Journal, May 1996, S. 668.

⁴¹ Vgl. OECD: Employment Outlook. Paris, 1996, S. 67.

⁴² Häufig wird zur Bemessung gering entlohnter Beschäftigung, beziehungsweise Armut, die 50 vH-Einkommensgrenze herangezogen. Die hier verwendete 66 vH-Grenze basiert auf methodischen Überlegungen eines von der OECD vorgenommenen internationalen Vergleichs. Vgl. ebd., S. 69.

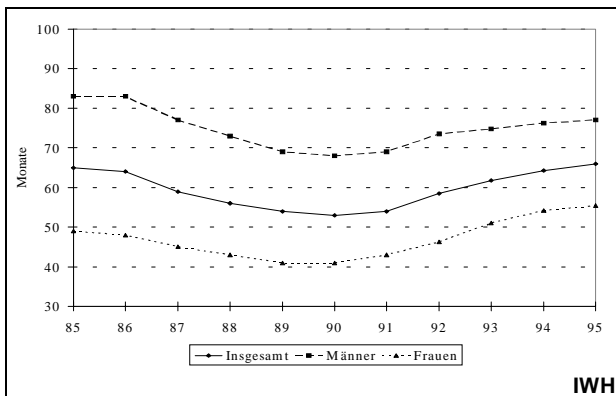
⁴³ Vgl. OECD: The OECD Jobs Study. Paris, 1994. – GREENAWAY, D.: Policy Forum: Economic Aspects of Minimum Wages. The Economic Journal, May 1996, S. 637. – „Wages - Bare minimum“. The Economist, 28.10.96, S. 50.

⁴⁴ Die Ergebnisse stützen sich auf Auswertungen des British Household Panel Survey, 1992 sowie des Labour Force Survey, 1994, vgl. MACHIN, S.; MANNING, A.: a.a.O., S. 673.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 674.

⁴⁶ Vgl. OECD: Wirtschaftsausblick No. 58. Paris, 1995, S. 78.

Abbildung 2:
Durchschnittliche Beschäftigungsdauer
- in Monaten (Medianwerte) -



Quelle: Labour Force Survey 1975-1995, entnommen aus: Gregg, P.; Wadsworth, J., a.a.O., S. 18 f.

tigten geben an, die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt habe zugenommen.

Eine Analyse der Beschäftigungsstabilität im Zeitverlauf zeigt jedoch, daß die durchschnittliche Beschäftigungsdauer 1995 mit 5 Jahren und 6 Monaten ähnlich hoch war wie 1985. Eine Verkürzung des Betrachtungszeitraums auf die vergangene 5 Jahre zeigt sogar einen permanenten Anstieg der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer (vgl. Abbildung 2).

Die längerfristige Entwicklung verlief für Männer und Frauen unterschiedlich. Während 1995 die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse für Männer unterhalb der Vergleichswerte für 1985 liegt, ist für Frauen das Gegenteil zutreffend. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von Frauen war 1995 so hoch wie nie zuvor.

Hohe Kosten des Arbeitsplatzverlustes

Trotz steigender Beschäftigungsdauer sind die Befürchtungen erhöhter Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt nicht völlig unbegründet. Eine britische Studie⁴⁷ zu diesem Thema hebt hervor, daß die Ursachen steigender Unsicherheit aus den potentiellen Kosten resultieren können, die mit dem Verlust eines Arbeitsplatzes einhergehen.

Verschiedene Kostenkategorien können hierbei zum Tragen kommen. Eine direkte Auswirkung haben die Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Großbritannien ist im internationalen Vergleich das Land mit den niedrigsten Lohnersatzquoten. Die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes im Verhältnis zum Einkommen eines Arbeiters betrug

⁴⁷ Vgl. GREGG, P.; WADSWORTH, J.: Feeling Insecure?, Employment Audit, 2/96, S. 17-25.

1995 für ein Einverdiener-Haushalt ohne Kinder 35 vH, mit 2 Kindern 51 vH. In Deutschland liegen die entsprechenden Größen bei 60 vH bzw. 71 vH.⁴⁸

Darüber hinaus hat sich die Bezugsdauer der Arbeitslosigkeitsleistungen von 12 auf 6 Monate reduziert. Arbeitslose erhalten seit 1996 anstelle der bisher gezahlten Arbeitslosenunterstützung (unemployment benefit) und der Einkommensbeihilfe (income support) nur noch eine einzige Unterstützungsleistung (jobseeker's allowance). An diese zeitlich begrenzten Leistungen sind Verträge geknüpft, die einen individuellen Plan für die Arbeitssuche beinhalten.⁴⁹

Eher indirekt dürften sich auch die arbeitsrechtlichen Veränderungen auswirken. Im Vergleich zu 1975, als noch 91 vH der Beschäftigten Kündigungsschutz genossen, waren es 1990 nur noch 62 vH. Erst seit der rechtlichen Gleichstellung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit ist der Anteil der Beschäftigten mit einer für die Inanspruchnahme von Kündigungsschutz ausreichenden Beschäftigungsdauer wieder auf 70 vH gestiegen.⁵⁰

Beschäftigungsentwicklung reagiert „konjunkturanfälliger“

Abschließend bleibt zu fragen, wie sich die Gesamtheit der Flexibilisierungsmaßnahmen auf die Beschäftigungsentwicklung ausgewirkt hat. Fest steht, daß Großbritannien derzeit zu den wenigen Ländern gehört, die eine steigende Erwerbstätigkeit und sinkende Arbeitslosigkeit aufweisen können. Die jährlichen Wachstumsraten der Beschäftigung liegen seit 1993/94 – einschließlich der Projektionen für 1996/97 – über denen Deutschlands und auch über dem europäischen Durchschnitt (vgl. Tabelle 2).

Die Entwicklung der Arbeitskosten blieb trotz der relativ guten Arbeitsmarktlage verhältnismäßig gedämpft. Seit 1993 sind die Lohnkosten um durchschnittlich 2,8 vH gestiegen, die Lohnstückkosten sind nahezu unverändert geblieben. Die Beschäftigungsentwicklung läßt sich jedoch nicht allein auf einen flexiblen Arbeitsmarkt zurückführen.

⁴⁸ Bei den hier ausgewiesenen Werten handelt es sich um Nettoberechnungen, das heißt, ohne Berücksichtigung von Steuern und anderen Unterstützungsleistungen. Vgl. Ministerie van Zaken en Werkgelegenheid: Unemployment Benefits and Social Assistance in seven European countries. Den Haag, 1995, S.77-95 sowie OECD: Employment Outlook. Paris, 1996, S. 31.

⁴⁹ Vgl. OECD: OECD Economic Surveys: United Kingdom, Paris, 1995, S. 87 f.

⁵⁰ Vgl. GREGG, P.; WADSWORTH, J., a.a.O., S. 17.

Tabelle 2:
Beschäftigungsentwicklung im internationalen Vergleich
- Veränderung zum Vorjahr in vH -

	1993	1994	1995	1996	1997
Großbritannien	-0,8	0,7	0,6	0,2	0,8
Deutschland	-1,7	-0,7	-0,3	-0,9	0,2
EU	-1,8	-0,3	0,5	0,1	0,6
USA	1,5	2,3	1,6	1,4	1,2

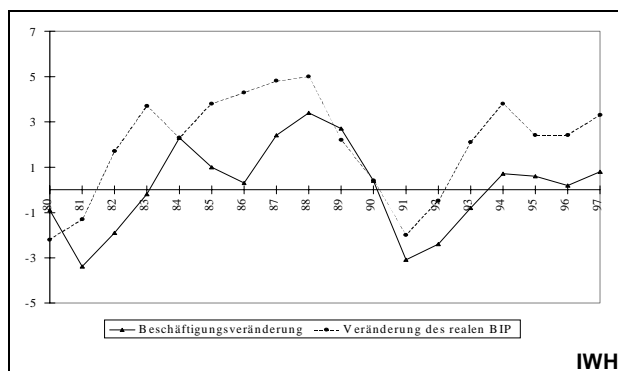
Quelle: OECD: Wirtschaftsausblick. Paris, 1996.

ren. Vielmehr dürften sich Einflußfaktoren, wie der starke Rückgang des realen Wechselkurses 1992, die Zunahme der Exporte um durchschnittlich 6,5 vH seit 1992 sowie der Anstieg des privaten Konsums positiv auf die konjunkturelle Entwicklung und die Beschäftigung ausgewirkt haben.⁵¹ Angesichts der zum Teil wechselseitigen Wirkungszusammenhänge ist ein isolierter Effekt der Flexibilisierung auf das Niveau der Beschäftigung kaum zu quantifizieren.

Allerdings scheinen die institutionellen Flexibilisierungen Auswirkungen auf die Anpassungsgeschwindigkeit der Beschäftigung im Konjunkturzyklus zu haben. Betrachtet man den Verbund der Wachstumsraten von Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung, ist eine Veränderung des Zusammenspiels seit Ende der 80er Jahre zu erkennen. Während in dem Zeitraum davor eine zeitlich verzögerte Reaktion der Beschäftigung auf die wirtschaftliche Lage beobachtet werden kann, erscheint der Kurvenverlauf danach nahezu parallel verlaufend (vgl. Abbildung 3).

Es ist anzunehmen, daß Unternehmen zur Ausgleiche von Produktionsschwankungen weniger

Abbildung 3:
Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien
- in vH -



Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick. Paris 1996.

⁵¹ OECD: Wirtschaftsausblick, div. Jg.. Paris.

auf interne Personalreserven zurückzugreifen. Dies belegt auch der Rückgang der Überstunden seit 1990.⁵² Offensichtlich hat die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes – insbesondere die Reduzierung des Kündigungsschutzes – zur Erleichterung von Einstellungen und Entlassungen geführt und damit die externe Flexibilität verstärkt.

Kein Erfolg bei Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist in einem sehr frühen Stadium des Konjunkturaufschwungs zurückgegangen. Bereits seit Anfang 1993 nahm die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen kontinuierlich ab (vgl. Tabelle 3). Für diese Entwicklung sind neben den Auswirkungen der Flexibilisierungen auch hier konjunkturelle Einflüsse sowie die Abnahme der Erwerbspersonenanzahl verantwortlich.

Tabelle 3:
Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich
- standardisierte Arbeitslosenquoten in vH -

	1993	1994	1995	1996
Großbritannien	10,4	9,6	8,8	8,1
Deutschland	7,9	8,4	8,2	9,0
EU	10,7	11,1	10,7	10,9
USA	6,8	6,1	5,6	5,4

Quelle: Eurostat: Arbeitslosigkeit in der europäischen Union. Luxemburg, 1996.

Tabelle 4:
Langzeitarbeitslosigkeit^a
- in vH -

	1992	1993	1994	1995
Großbritannien	35,4	43	45,4	43,5
Deutschland	33,2	40	43,9	48,3
EU	41,2	44	48,2	49,2
USA	11,1	11,5	12,2	9,7

^a Anteil der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, in Relation zu den Arbeitslosen insgesamt.

Quelle: OECD: Employment Outlook. Paris, 1996; Eurostat: Labour Force Survey.

Offensichtlich hatten die Flexibilisierungsmaßnahmen nur wenig Einfluß auf die Langzeitarbeitslosigkeit. Der Anteil von 43,5 vH Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, deutet – ähnlich wie in Deutschland – auf einen persistenten Charakter der Arbeitslosigkeit hin und steht damit im Widerspruch zu den positiven

⁵² Im Vergleich zu 1990 ist das Niveau der wöchentlich geleisteten Überstunden um etwa ein Drittel gesunken, vgl. OECD: Main Economic Indicators. Paris, 1996.

Erwartungen, die mit einem höheren Maß an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verbunden sind.

Der strukturelle Wandel und die damit einhergehende Veränderung der auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen spielt angesichts der überwiegend gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen mit Sicherheit eine wichtige Rolle. Möglicherweise sind die in Großbritannien durchgeführten Deregulierungsmaßnahmen in ihrem Ausmaß

nicht ausreichend oder wenig geeignet, um diesem Problem zu begegnen. Im internationalen Vergleich reiht sich Großbritannien jedenfalls eher in die Gruppe der europäischen Länder mit relativ hoher Langzeitarbeitslosigkeit ein. Eine deutliche Nähe zum „Flexibilitätsvorbild“ USA ist zumindest nicht zu erkennen.

Lioba Trabert (ltr@iwh.uni-halle.de)

Ostdeutsche Industrieunternehmen wieder hoffnungsvoller

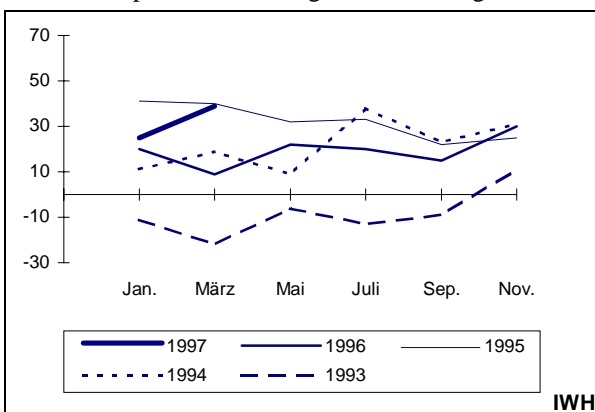
Die zu Jahresbeginn verhaltene Einschätzung des Geschäftsklimas im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe ist im März einem spürbaren Optimismus gewichen. Die Geschäftslage hat sich laut neuester IWH-Umfrage bei 300 Industrieunternehmen deutlich verbessert. Der Saldo aus positiven und negativen Urteilen stieg gegenüber der vorangegangenen Umfrage vom Januar um 15 Punkte auf der Bewertungsskala. Er lag damit 30 Punkte über dem Stand vor Jahresfrist. Sieben von zehn Unternehmen haben einen „guten“ oder „eher guten“ Verlauf ihrer aktuellen Geschäfte gemeldet. Eine solch günstige Einschätzung haben die befragten Unternehmen zuletzt vor zwei Jahren abgegeben. Die Aufwärtstendenz wird durch zunehmende Bestellungen gestützt. Insbesondere die Auftragseingänge aus dem Ausland haben zu Jahresbeginn kräftig zugelegt.

Die Besserungstendenz durchzieht alle Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes. Einen regelrechten Urteilssprung hat das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe vollzogen, in dem nach

dem Einbruch der Geschäftslage im Januar jetzt wieder die Optimisten den Ton angeben. Dazu beigetragen hat der Stimmungsumschwung in den baunahen Industriebereichen: der Verarbeitung von Steinen und Erden, der Bauchemie, der Stahlverformung und in den Ziehereien. Im Investitionsgütergewerbe setzte sich die schon einige Monate anhaltende Aufwärtstendenz fort, obwohl die Maschinenbauer – eine der umsatzstärksten Unternehmensgruppe aus diesem Bereich – ihre Lage im März nach dem Stimmungshoch vom Januar etwas zurückhaltender beurteilt haben. Die Elektroindustrie, die Feinmechanik und Optik sowie der Fahrzeugbau befinden sich weiter im Aufwind. Im Verbrauchsgütergewerbe haben die Hersteller von Kunststoffwaren, Glas- und feinkeramischen Erzeugnissen eine Belebung der aktuellen Geschäfte signalisiert.

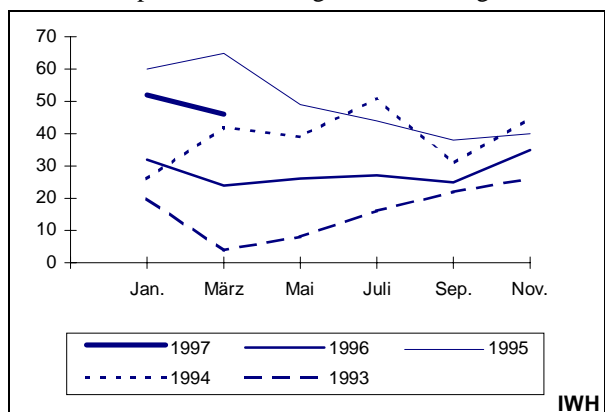
Die Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten wurden zwar im März etwas gedämpfter als im Januar eingeschätzt, im Vorjahresvergleich schneiden sie aber deutlich besser ab. Es überwo-

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen

gen weiter die Optimisten, zu denen hier sogar fast drei Viertel der Befragten zählen. Die überaus zuversichtliche Bewertung der geschäftlichen Entwicklung im kommenden Halbjahr durch die Un-

ternehmen läßt eine Fortsetzung der positiven Entwicklung in der ostdeutschen Industrie erwarten.

Udo Ludwig

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie - März 1997
Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz 96	Jan 97	Mrz 97	Mrz 96	Jan 97	Mrz 97	Mrz 96	Jan 97	Mrz 97	Mrz 96	Jan 97	Mrz 97	Mrz 96	Jan 97	Mrz 97
	in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	14	16	19	41	47	50	41	31	25	5	6	6	9	25	39
Hauptgruppen															
darunter:															
Produktionsgütergewerbe ^b	7	15	14	47	33	53	41	40	21	5	12	12	8	-5	33
Investitionsgütergewerbe	18	14	20	34	55	51	44	26	24	4	5	5	4	37	42
Verbrauchsgütergewerbe	8	29	25	49	33	41	35	35	34	8	3	0	14	24	31
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	14	20	19	43	51	52	38	26	29	5	4	0	14	41	41
50 bis 249 Beschäftigte	20	16	24	36	46	51	41	32	20	3	6	5	13	24	50
250 und mehr Beschäftigte	5	10	8	45	43	46	43	40	34	8	7	12	0	6	8
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	14	15	18	40	49	49	41	31	26	5	5	7	8	27	35
Westdt./ausl. Investoren	12	14	17	42	51	52	40	29	22	6	6	9	7	30	38
Management-Buy-Outs	33	12	24	14	48	48	51	37	25	2	3	3	-5	20	42
Reprivatisierer	4	13	12	63	50	38	33	37	50	0	0	0	33	25	0
Neugründungen	20	12	30	43	52	57	31	24	13	6	12	0	26	27	73
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	13	15	19	49	61	54	36	21	23	2	3	4	24	52	46
Hauptgruppen															
darunter:															
Produktionsgütergewerbe ^b	7	17	17	59	41	56	32	35	18	2	6	9	31	17	45
Investitionsgütergewerbe	14	14	20	44	67	53	42	18	24	0	1	3	16	62	46
Verbrauchsgütergewerbe	5	18	21	57	68	53	31	11	26	7	3	0	24	71	48
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	13	16	16	56	54	57	30	26	26	1	4	1	37	41	46
50 bis 249 Beschäftigte	18	17	24	46	63	52	34	17	23	2	2	1	27	61	52
250 und mehr Beschäftigte	5	10	8	50	60	52	43	27	28	3	3	12	10	40	20
Statusgruppen															
darunter:															
Privatisierte Unternehmen	13	16	19	48	61	54	37	20	23	2	3	4	22	53	45
Westdt./ausl. Investoren	11	16	18	48	59	55	38	22	21	3	4	6	18	49	46
Management-Buy-Outs	29	17	22	42	71	64	27	11	14	2	1	0	42	75	72
Reprivatisierer	0	8	11	63	50	35	37	42	54	0	0	0	25	17	-8
Neugründungen	17	15	27	49	61	53	34	24	20	0	0	0	31	52	60

^a Summe der Wertungen pro Jahr jeweils gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – ^b Einschließlich Grundstoffgewerbe.

Quelle: IWH-Industrienumfrage.